

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabestraße 2-5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 52

Berlin, den 26. Dezember 1931

6. Jahrgang

Weihnachten 1931

Dürfen wir Weihnachten feiern? Dürfen wir das Fest der Liebe feiern in dieser Zeit furchtbarer Not? Kann ein fühlender Mensch das Fest des Kindes feiern in dieser Zeit, die Millionen von Kindern kaum das dürftigste Recht am Dasein gibt? Kann ein ehrlicher Mensch in Ruhe den Frieden der Weihnacht feiern in dieser Zeit, die vor Unfrieden starrt, in der verirrte Menschen gar neu einen Krieg wollen, in der die Mordbegehe wahre Orgien feiert?

Noch nie haben wir mit solcher Zerrissenheit einer weihnachtlich suchenden Seele gefeiert. Und doch möchten wir feiern auch jetzt. Alle. Denn gerade in solcher Zeit des ewigen inneren Aufstiegs haben wir alle ein Bedürfnis nach Besinnung auf uns selbst.

So kann es doch nimmer weiter gehen! Einmal muß doch ein Ende dieses Wahnsinns sein! Wir haben sonst kaum Zeit, diesen Gedanken zu fassen. Schon jagt ein Erlebnis, eine Sorge, eine soziale Gefahr uns wieder in den Alltag hinein. Und doch: so kann es nicht weitergehen! Der Tiefstand ist endlich erreicht! Kollegen, Kameraden, Volksgenossen: vorwärts!

Vorwärts! Das ist der Weihnachtsglaube dieses schlimmsten Jahres der Not. Vorwärts! Jetzt endlich vorwärts! Das ist kein künstlich geschaffener Sinn für das Weihnachtsfest. Das ist der Ursinn. Das ist das ureigene Wesen der Weihnachtszeit. Das Leben steht neu an zum Aufstieg überall draußen.

Dezember ist Stillstand in der Natur. Auch schon Ende November. Dann haben sich all die Knospen für den Frühling neu gebildet. Dann hat Mutter Natur aus ihrem Schoße heraus alles vorbereitet für das Leben des neuen Jahres. Dann kommt ein

Stillstand. Dann kommt Ruhe. Feierliche Ruhe. Und darauf, wenn wir Weihnachten feiern, regt sich langsam alles wieder neu.

Es ist erwiesen, daß das Leben, das sich da draußen vorbereitet hat, in der Ruhe auch künstlich nicht zum Sprühen bringen läßt. Daß vor dem 15. Dezember auch künstlich keine der vorbereiteten Knospen draußen zum Schwellen gebracht werden können. Doch danach, wenn wir Weihnachten feiern, dann ist alles von innen heraus bereit. Dann drängt es. Dann will es. Dann genügt oft der kleinste Anstoß, um das Leben, das wartende Leben, herauszutreiben in die Freiheit des Lichts.

Und darum: Weihnachten als Symbol des siegenden Lebens, des Siegs der Idee.

Vorbereitet ist auch sie in uns allen. In Ehrfurcht stehen wir vor diesem Werden. Ahnend erleben wir das Große des Morgen in uns.

Es soll jetzt werden! Preßt es aus euch allen heraus, das da in euch drängt! Schreit es hinein in die Massen! Ohne Ruhel Ohne Mühsal Immer und immer! Laßt eure Herzen schwellen! Laßt euren Glauben jubelnd steigen aus den Herzen heraus in den Tag!

In euch ruht der Keim des wolkenden Frühlings. Erlebt ihn in euch! Seid euch bewußt der in euch schlummernden Größe des Gedankens! Und kündet ihn! Kündet ihn aller Welt!

Werbt! Laßt glauben! Reckt euch! Seid stark!
In Stoßkraft vorwärts!
Die Welt ist Weihnachten! Dr. Gustav Hoffmann.

Der ADSB zur Notverordnung

Der Bundesausschuss nahm in seiner Sitzung vom 15. Dezember zur Notverordnung Stellung und fasste seine Beratung in folgender Entschliessung zusammen:

„Der Bundesausschuss stellt fest, daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ersten Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat. Die schwerwiegenden Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau bestehen unvermindert fort, um so mehr, als in den Maßnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Rücksicht für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblicken ist. Insbesondere müssen die Ausnahmemaßnahmen gegen die Arbeiter des Kohlen- und Kali-Bergbaues und der in öffentlichen Betrieben und Körperschaften beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden. Daß zu der allgemeinen Lohnsenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutritt, zeigt, daß die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet werden.“

Niemand kann ein größeres Interesse an wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und an der Erhaltung eines geordneten Staatslebens haben als die Arbeiterschaft. Es sind aber stärkere Zweifel berechtigt, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näherführen wird.

Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung gezeichnete Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltsenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preisentlastung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesausschuss von der Regierung, daß nunmehr alle dem Preisabbau dienenden Maßnahmen nicht weniger rücksichtslos durchgeführt werden als die außerordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen fühlbaren Preisabbau hinzuwirken. Weiter verlangt der Bundesausschuss, daß schnellstens ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird zur endlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der Arbeitslosennot.

An die Arbeiterschaft in den Betrieben richtet der Bundesausschuss — unter Hinweis auf die nach dem 30. April 1932 zu erwartende Einschränkung der Verbindlichkeitsleistungen — die Aufforderung zu erhöhter Kampfbereitschaft. Die in Aussicht genommene Voderung des Schlichtungswesens muß zwanngsläufig zu einer Steigerung der Arbeitskampfe führen. Deshalb gilt es, für diese Kämpfe schon jetzt zu rüsten durch Festigung und Ausbau der Gewerkschaften.“

Gewerkschaften und 4. Notverordnung

Am Dienstag, dem 15. Dezember 1931, trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus in Berlin zu seiner dritten Tagung zusammen, um zu der neuen Notverordnung Stellung zu nehmen.

Leipart eröffnete die Verhandlungen mit grundsätzlichen Ausführungen über die einschneidenden Maßnahmen, die von der Reichsregierung angeordnet worden sind. Der Bundesvorstand hat in den letzten Wochen sich immer wieder bemüht, die einseitige Gewerkschaftsfront auch in dieser kritischen Situation aufrechtzuerhalten. Diese Bemühungen waren erfolgreich und sind auch auf die öffentliche Meinung nicht ohne Eindruck geblieben. Diese Front umfasst nicht nur die Arbeiter und Angestellten aller Richtungen, sondern auch die Beamten. Die Vertreter sämtlicher Spitzenorganisationen waren am 14. Dezember noch einmal beim Reichskanzler. Sie haben insbesondere gegen die tarifrechtlichen und lohnpolitischen Bestimmungen Einspruch erhoben und Sicherungen gefordert, die dem nunmehr geltenden Notrecht in seiner praktischen Anwendung feste Grenzen ziehen sollen, die weder von den Arbeitgebern, noch vom Schlichter nach Gutdünken überschritten werden dürfen.

Die Reichsregierung ist in der letzten Notverordnung scheinbar der Forderung der Gewerkschaften nach Erhaltung des Reallohnes entgegengekommen. Aber nur scheinbar. Denn glaubt jemand daran, daß die Preisentlastung wirklich vor dem 1. Januar und im gleichen Verhältnis wie die dann folgende Lohnsenkung durchgeführt werden wird? Darauf aber kommt es an. Die Preisentlastung muß der Lohnsenkung vorangehen. Es darf nicht wieder um einseitige Vorleistungen der Arbeiterschaft handeln.

In der neuen Notverordnung steht kein Wort von Arbeitsbeschaffung. Die ungeheuren freiverwendenden Mittel müssen aber wenigstens teilweise zu diesem Zweck, nicht zuletzt für den Kleinwohnungsbau bereitgestellt werden.

Einsseitigen Begünstigungen der Unternehmer (Steuernachlässe usw.) stehen schwere Belastungen der arbeitenden Bevölkerung gegenüber. Die Eingriffe in das private Vertragsrecht sind fest begrenzt, dagegen sind dem Belieben

des Schlichters, in die Tarifverträge verflechtend einzugreifen, viel weitere Grenzen gezogen. Dieses Recht des Schlichters muß beschränkt werden.

Vielfach bestehen keine Tarifverträge mehr. Die Gefahr besteht, daß künftig dieser unregelmäßige Zustand noch viel weiter um sich greift. Will die Regierung unter diesen Verhältnissen wirklich Ernst machen mit der Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung von Schlichtersprüchen? Kann sie das verantworten, da doch die Notverordnung selbst gleichsam einen Schlichterspruch darstellt? Sie dekretiert eine Lohnsenkung. Sie erklärt diese Lohnsenkung für verbindlich, ja für allgemeinverbindlich. Unter diesen Verhältnissen ist die Herbeiführung tarifvertraglicher Lohnregelungen durch Verbindlichkeitsklärung doppelt notwendig. Unmöglich ist das Ausnahmerecht für die Gewerkschaften für die Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Dann berichtet das Mitglied des Bundesvorstandes Epliedt über

die tarifrechtlichen und lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung.

Die Absicht der Reichsregierung bezüglich der Lohn- und Gehaltsfrage ist eindeutig. Die Löhne und Gehälter sollen um rund ein Viertel, gemessen an ihrem Höchststand (Durchschnitt 1930), gesenkt werden. Dabei wird nach Durchführung der Notverordnung der Abstieg der tatsächlichen Löhne noch größer sein. Der Gesamtantrag beträgt im gewogenen Durchschnitt 11,8 v. H. Die Notverordnung fügt einen weiteren Abbau um 10 v. H. hinzu. Ausgehend vom Höchststand der Tariflöhne Ende 1930 wird der Gesamtantrag damit durchschnittlich 21,8 v. H. betragen.

Die Senkung des tatsächlichen Lohnes ist jedoch erheblich höher, da seit Mitte 1930 zunächst ein Abflauen der über tariflichen Zulagen, der Akkordberechnungen usw. eintrat, das sich auch 1931 bei bereits gesenkten Tariflöhnen weiter fortsetzte. Abgesehen von der Verdienstminderung durch Kurzarbeit senkt also die Notverordnung im Vergleich zum Jahre 1930 den tatsächlichen Lohn um 27 bis 30 v. H.

Die Notverordnung bringt nicht nur die Reduzierung der Löhne um durchschnittlich ein Viertel, vielfach fast um ein

Drittel, sondern sie stellt zugleich einen gewaltsamen Eingriff in das Tarifrecht dar. In die Stelle der Entschliessung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer tritt der gefühllose Zwang. Der Schlichter ist nicht mehr Schlichter, sondern ausführende Behörde. Die Notverordnung umkreist seine Aufgabe ganz klar.

Der Redner besprach dann eingehend die sich aus der Durchführung der Notverordnung ergebenden praktischen Fragen. Es ist den Tarifparteien unbenommen, höhere Löhne zu vereinbaren, als sie die Notverordnung vorsieht. Dies wurde auch auf der Schlichterkonferenz ausgesprochen. Eine Allgemeinverbindlicherklärung derartiger Vereinbarungen dürfte allerdings kaum erfolgen.

Hierauf erörterte der stellvertretende Vorsitzende Eggert eingehend

die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen. Sie betreffen die Preis- und Zinssenkung, die Neuordnung der Wohnungswirtschaft, Steuererleichterungen, besonders bei Betriebsabtrennungen und Aufhebungen von Gesellschaften, Maßnahmen gegen Kapital- und Steuerflucht, Ausfuhrbegrenzung. (Fortsetzung auf Seite 342.)

Emil Girbig tritt in den Ruhestand



Mit dem Ende dieses Jahres scheidet aus unserer Mitte der langjährige erste Vorsitzende des ehemaligen Glasarbeiterverbandes, Emil Girbig. Sein Übertritt in den Ruhestand kommt unseren Lesern nicht unversehrt, denn auf dem letzten Verbandstage in München fand bereits der offizielle Abschied statt, wenn auch Kollege Girbig seinen Dienst noch bis zum Jahresende versehen wollte.

Nun ist die Zeit herangekommen, und aus den Reihen der tätigen Gewerkschaftsführer scheidet ein Mann aus, dessen Name in der deutschen und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einen guten Klang hat.

Wenn im Jahre 1926 eine in sich völlig geschlossene Glasarbeiterorganisation zum Verbands der Fabrikarbeiter stoßen konnte, so war dies zu einem großen Teil der unermühten agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit Girbigs mit zu verdanken. Zwar gehört Girbig nicht zu den Gründern des Glasarbeiterverbandes, aber als er im Jahre 1927 auf der Generalversammlung in Stralau zum Vorsitzenden gewählt wurde und das Amt antrat, da war die Organisation zerrüttet. Es kann ruhig gesagt werden, daß erst mit dem Beginn seiner Tätigkeit der eigentliche Aufstieg der Glasarbeiterorganisation begann. Nur halbamtlich angestellt mit dem geringen Gehalt von 750 RM. pro Jahr mußte Girbig einen Nebenberuf haben, den er sich in Gestalt einer Gastwirtschaft in Stralau geschaffen hatte. Das Betreiben der Gastwirtschaft lag zum großen Teile in den Händen seiner leider im Jahre 1924 verstorbenen Frau.

Girbig mußte hinaus ins Land, mußte versuchen, mit Hilfe seiner rhetorischen Begabung die vorhandenen Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen.

Unter den damals vorhandenen 2500 Mitgliedern herrschte eine starke Mißstimmung, weil der frühere Verbandsvorstand für den Bau eines Glasofens das Verbandsvermögen verausacht hatte, das dann durch den Einsturz des Ofens bei der Inbetriebnahme verlorenging.

Girbig hatte Erfolg; 1931 umfaßte die Organisation bereits 7000 Mitglieder. Dann trat ein Ereignis ein, das den Bestand der kleinen Organisation schwer bedrohte; es war der Generallstreik der Flachennmacher Deutschlands. Cirka 700 Kollegen der Glasfabriken in Schwanstein traten in den Kampf, weil die Firma Geyer versuchte, durch Maßregelungen die Organisation im Betriebe zu vernichten. Immer mehr Kollegen traten in den Sympathiestreik. Neben 1 1/2 Jahre zog sich der Kampf hin; die gesamte deutsche und ein Teil der Arbeiter in anderen Ländern unterstützte mit Geldmitteln diesen für die kleine Organisation ungeheuren Kampf.

Aber auch diese Zeit ging vorüber. Bald ging es wieder aufwärts; Girbig gab seine ganze Zeit, seine ganze Kraft der Organisation. Nichts konnte ihn einmütigen, nichts ihn abhalten, für die Glasarbeiter in Wort und Schrift einzutreten. Ihm ist es mit zu verdanken, daß der ganze Glasarbeiterverband wie eine große Familie zusammenhielt. Daraus änderten auch die Kriegs- und Inflationswirren nichts; und als die Glasarbeiter zum Keramischen Bund und damit zum Fabrikarbeiterverband übertraten, geschah dies mit einer fasten Einmütigkeit.

Aber nicht nur in der gewerkschaftlichen Bewegung, auch auf politischem Gebiet hat Girbig seinen Mann gestanden. Die Arbeiterschaft ehrte ihn, indem sie ihn in die Nationalversammlung und später in den Reichstag sandte.

Überall, wo Girbig auftrat, verband er es, sich Freunde zu erwerben. Sein ganzes Wesen, seine gemütvollte Art, sein weiches Herz brachten das zuwege. Immer kollegial, niemals nachtragend, wenn man ihm wehe getan, helfend, wo er helfen konnte, so war Girbig, und so ist er geblieben bis zum heutigen Tage. Wir wünschen ihm von ganzem Herzen, daß die Jahre, die ihm das Leben noch schenkt, glückliche sein mögen. Wer so wie Girbig gelebt und gestrebt hat für das Wohl der Arbeiterschaft, der kann ruhig die Hände in den Schoß legen. In den Ruhestand begleiten Girbig unserer aller herzlichsten Wünsche. G. Grünzel.

Neuregelung der Einheitsbewertung und Erhöhung der Umsatzsteuer

Die Notverordnung ist eine drakonische, in das wirtschaftliche und soziale Leben tief eingreifende Maßnahme. Sie macht den gewalttätigen Versuch, die deutsche Wirtschaft an die veränderten Weltwirtschaftsverhältnisse anzupassen. Die Preisentwertung hätte der Lohn- und Gehaltsentwertung vorausgehen müssen, um den Reallohn unberührt zu erhalten. Die Notverordnung vernichtet aber die Preis- und Lohnentwertung zu einem gemeinsamen Ganzen. Es hängt jetzt alles davon ab, die Preisentwertung umfassend und tief auf der ganzen Linie zu erzwingen. Die Gewerkschaften müssen sich dieser Aufgabe mit allen Kräften widmen.

Wurde sich, so schloß Eggert, die Aktion in der Praxis so abspielen wie auf dem Papier, dann wäre die erste Voraussetzung für eine feste Wirtschafts- und Finanzgrundlage gegeben: die Sicherung der Haushalte.

Abschließend berichtete Weiler (Bundesvorstand) über die Bestimmungen der Notverordnung zu den

Verflechtungen der Leistungen der Sozialversicherungen

In der Krankenversicherung wie in allen Zweigen der Rentenversicherung bringt die Notverordnung organisatorische Änderungen nur in geringem Umfang. Weitergehende Pläne sind in Vorbereitung. In der Knappschaftsversicherung ist der Versicherungsbereich erweitert worden. In der Unfallversicherung ist der Einfluß der Versicherer vergrößert worden. In der Unfallversicherung ist die Gemeinlast eingeführt durch Verteilung eines Anteils der Rentenlast auf die gesamte Versicherung.

Außer diesen Änderungen im System sind nur Leistungsabstriche zu verzeichnen: Renten von 20 v. H. werden in der Unfallversicherung nur noch auf die Dauer von zwei Jahren bewilligt, niedrigere Renten fallen weg, Renten an versicherte Unternehmer werden nicht mehr anerkannt, wenn die Beschädigung weniger als 33 1/2 v. H. beträgt. Die Notverordnung bewirkt, daß die Hälfte aller Renten der Arbeitnehmer gestrichen werden. Diese Ersparnisse bedeuten eine schwere Schädigung der Versicherten.

Ein Teil der Leistungen der Rentenversicherung waren reine Fürsorgeleistungen. Sie sind gestrichen worden.

In der gesamten Rentenversicherung konnten bisher die Renten rückwirkend gewährt werden. Diese Bestimmung ist weggefallen.

Die Wartezeit in der Invalidenversicherung und zum Teil auch in der Angestelltenversicherung ist verlängert worden. Jetzt müssen in der Invalidenversicherung 250 Pflichtbeiträge geleistet worden sein. Der Bezug der Altersrente hat in der Invalidenversicherung 750 Beiträge zur Voraussetzung; in der Angestelltenversicherung 180 Monate.

Die Bestimmungen in der Notverordnung sind auf Vorschläge der Landesversicherungsanstalten zurückzuführen; aber diese Vorschläge sind zum Teil noch erheblich verschärft worden. Nicht enthalten in der Notverordnung ist der von den Arbeitgebergewerkschaften aller Richtungen geforderte Ausgleich zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung.

In der

Aussprache

wurde scharfe Kritik daran geübt, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter in den Betrieben des Reichs, der Länder und Gemeinden immer mehr dem Reich des Arbeitsministeriums entzogen und in die Hand des Reichsfinanzministers gelegt wurde. Die Notverordnung bringt diese Entwicklung zum Abschluß. Sie bedeutet die Ausschaltung des Arbeitnehmers der öffentlichen Betriebe aus dem allgemeinen Arbeitsrecht.

Die Gewerkschaften werden sich so wird weiter ausgeführt, energisch um die Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung bemühen müssen, die auf die Senkung der Preise abzielen.

In eine besonders schwierige Lage kommen durch die Notverordnung die Landarbeiter.

Es ist anzunehmen, daß die Hausbesitzer von der Möglichkeit, die Hauszinssteuer durch Vorauszahlung abzulösen, reichlich Gebrauch machen werden. Den Hausbesitzern wird damit abermals ein beträchtliches Gewicht gemacht. Aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer wird nicht mehr viel für den Wohnungsbau übrigbleiben. Trotzdem ist es Pflicht, den Kleinwohnungsbau energisch zu fördern. Von einer Kapitalfesselung im Wohnungsbau könne keine Rede sein. Es besteht auch jetzt noch ein Bedürfnis nach Klein-

Zur Jahrestwende!

Ein Jahr ging hin! Ein schweres Jahr — ein Jahr, das voll der Kämpfe war! Ein Jüngling einst, nun kommt es schwer, gleich einem müden Mann daher . . .

An seiner Wiege geschrieben stand ein Fluch, wie man ihn nie gekannt; Millionen Menschen arm und bloß, und doch — —, die Hoffnung blieb so groß.

Die Männer all, und all die Frau'n, die täglich auf zum Lichte schau'n, sie hofften — —, hofften, und ihr Glück sprach Sehnsucht aus nach Recht und Glück.

Es traf nicht ein . . . ; schwer drückt die Not — Die Hoffnung ist trotzdem nicht tot! O nein, sie wurzelt fest in jenem Glauben, daß niemand uns kann uns're Zukunft rauben!

Denn: Ist das alte Jahr auch jetzt in schnellem Flug dahingehzt? Wir wissen ja, so wie das Jahr sich wendet, einst auch die Nacht des armen Volkes endet.

Darum, ihr Männer mit dem freien Blick: Seid stolz und kämpft um uns're Republik. Aus ihrem Schoß gestiegen, breche leuchtend an ein Siegestag dem deutschen Arbeitsmann!

W. Bock.

Wohnungen. Die Zinsentwertung ist im Interesse der Belegung der Bauwirtschaft zu begrüßen. Von der Mietentwertung gilt das gleiche wie für die Preisentwertung. Auch hier müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Mietentwertung überall voll durchgeführt werden.

Der größte Mangel der Notverordnung ist darin zu erblicken, daß sie keine Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung vorsieht. Der Kampf um den Arbeitsplatz zwischen den Arbeitern kennzeichnet die Lage. Die Hoffnungslosigkeit der Arbeiterklasse ist der Kern der tiefgreifenden sozialen Unruhe. Hier Abhilfe zu schaffen durch Arbeitsbeschaffung ist dringendes Gebot. Dies und der entschlossene Kampf gegen die Feinde der Republik ist die unbedingte Pflicht der Reichsregierung. Sie ständig an diese Pflicht zu erinnern, ist in dieser Zeit eine unabwiesliche Aufgabe der Gewerkschaften.

Eine Lücke enthält die Notverordnung auch insofern, als sie keinen Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit tut.

Aber das alles würde von der organisierten Arbeiterklasse leichter ertragen werden, wenn sie bei der Regierung den Willen zu entschlossenem Vorgehen gegen den Straßenterror der Feinde der Republik fühlen würde. So aber wird sich aus den Reihen der Arbeiter ein Sturm der Entrüstung erheben, wenn sie im Januar ihre Kohnbüten in Empfang nehmen.

Scharf beurteilt wird die Ausnahmehandlung, die den Bergarbeitern in der Notverordnung zuteil wird. Es ist aber auch nötig, dem Handel größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Handelskassen sind zu groß. Sie bilden in vielen Fällen einen wichtigen Grund für Preisüberhöhungen.

Andererseits wird geltend gemacht, der Standpunkt der Regierung sei, daß auch für sie eine neue Lage entstehen würde, die zu einer Änderung ihrer Haltung in der Lohnfrage führen müßte, falls sich herausstellen sollte, daß der Erfolg der Preisentwertung ausbleibt. Dies ist ein Moment, das neben anderen schwerwiegenden Gründen die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei veranlaßt hat, von einer Einberufung des Reichstages abzusehen.

Der Bundesausschuß gab seiner Stellung zur Notverordnung Ausdruck durch die einstimmige Annahme der an anderer Stelle abgedruckten Entschließung.

geblieben, ebenso wie ihr Verlangen nach Auflockerung der Tarifverträge und nach Beseitigung der Verbindlichkeitsentwertung. Voraussetzungen werden hier sogar statt einer Verringerung der Tarifverträge auf der ganzen Linie Tarifhöhne bekommen. Das ist allerdings ein schlechter Trost, denn diese Höhe würden auf dem Niveau der Notverordnung aufgebaut sein.

Von den Schöpfergeiten, vor denen die Reichsregierung steht, macht sich die große Volksmehrheit keine rechte Vorstellung. Eine der Ursachen der besonderen Schwierigkeiten in Deutschland ist die Reparationslast, die wesentlich zur Erschütterung der Wirtschaft in der ganzen Welt beigetragen hat. Man sieht das allmählich überall ein, besonders auch in England, dessen Export durch die deutsche Reparationslast zerstört worden ist. Immer lauter wird der Ruf:

Schluß mit den Reparationen!

Die Preisverwertungen sind durch die bisherigen Leistungen Deutschlands bereits wieder gutgemacht. (Lebhafte Zustimmung.) In voller Übereinstimmung mit der gesamten Arbeiterinternationale haben wir schon immer die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden gefordert. Da brauchen nicht erst die Hitler-Deute zu kommen. Und für die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes hat sich unser Führer August Bebel vor mehr als 30 Jahren, als die meisten Nazis noch nicht geboren waren, mit den Worten eingesetzt:

An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie die Junkern, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten; das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgend einer Fremdherrschaft zu beugen."

Die Notverordnung hat der arbeitenden Bevölkerung wieder gewaltig schwere Lasten auferlegt. Dagegen kämpfen wir, aber eine faschistische Diktatur würde dem Volk mit blutiger Gewalt noch schlimmere Opfer auferlegen. Wir wollen den Bürgerkrieg nicht heraufbeschwören, er liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft, viel mehr liegt es in ihrem Interesse, die Schlacht, die wir in den letzten Wochen um die neue Notverordnung geführt haben, jetzt abzubrechen. Von dieser Schlacht kann man vielleicht auch sagen, daß es weder Sieger noch Besiegte gibt. Die Unternehmer werden sich gewiß nicht als die Sieger fühlen. Aber selbst wenn wir die Geschlagenen wären — in der Frage der Lohnentwertung sind wir es gewiß — dann wäre auch das nur eine Bestätigung der Worte Friedrich Engels: "Die ganze

Mit gesteigerter Aktivität gegen den Faschismus

Die Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem IFA-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Bauernbund zusammengeschlossenen Verbände, zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem ganzen Reich, ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen gesellen, erklären unter der Leitung von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisation der Deutschen Republik, des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold":

"Unbeschadet unserer Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen.

Wir werben unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, andernfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zur Zeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag.

Die Überwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein."

Geschichte der Arbeiterklasse stellt sich dar als eine ganz lange Reihe von Niederlagen, unterbrochen nur von wenigen Siegen. Unsere Bewegung ist trotzdem groß und stark, die Niederlagen sind seltener geworden. Es wäre vermessend, zu glauben, sie könnten ganz vermieden werden. Was wir jetzt in bitterer Not ertragen müssen,

kann unseren Glauben an die Zukunft nicht schwächen

und kann auch nicht das Vertrauen zur eigenen Stärke und zur Stärke der Organisation erschüttern, die dem eingesehen werden kann und werden muß, wenn nach all dem Klabau, nach vorübergehendem Druck und Zwang der Weg zur Freiheit und zum Fortschritt wieder offen liegt! (Einmütiger Beifall.)

Als zweiter Redner sprach der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid:

Von der Null-Verordnung sagte die Regierung, daß damit die Grenze des Möglichen für Deutschland erreicht sei, aber in der neuen Verordnung wird sie in bezug auf die Herabsetzung des Einkommens und die Einschränkung der Lebenshaltung noch stark überschritten. (Sehr wahr!) Es ist mehr als fraglich, ob die Absichten der Regierung durch diese Maßnahmen verwirklicht werden können. Wenn Hitler in seinem "Offenen Brief an den Reichstagspräsidenten" sagt, daß durch diese Notverordnung der Weihnachtstrieden des deutschen Volkes beträchtlich vermindert werde, so habe ich den Eindruck, daß dieser Weihnachtstrieden ohnehin stark beschränkt ist durch die Worte und Handlungen des Hitler-Lagers. (Sehr gut!) Es ist allerdings höchste Zeit, das Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte wiederherzustellen. Wenn wir in diesem Rechnungsjahr mindestens 2 Milliarden Reichsmark für die Arbeitslosenunterstützung aufzuwenden haben, so zeigt diese Zahl doch auch, was in der demokratischen Republik für die arbeitenden Massen erreicht wurde. Freilich reichen alle Ausgabenentwürfe samt der starken Erhöhung der Umsatzsteuer nicht aus zur Deckung eines Reichsbeitrags von rund 4 Milliarden. Infolge des Rückganges der Steuereinnahmen wird das nächste Rechnungsjahr noch schlimmer werden. Der deutsche Gesamtexport ist im November um 100 Millionen, der Ausfuhrüberschuß von 200 auf 200 Millionen zurückgegangen. Dazu kommt, daß England vor Einführung seiner Schutzzölle sich stark mit deutschen Waren versorgt hat und daß die Schweiz den Handelsvertrag mit uns kündigt.

Unentwärtlich ist der Versuch, die Schäden, die uns durch Walfangentung und Polsterentwertung erwachsen sind, durch Lohnherabsetzung in Deutschland auszugleichen.

Was soll ein Lohnabbau um 10 oder 15 Proz., was nur ein kleiner Teil der Produktionskosten ist, gegenüber einem 30- bis 50prozentigen Wertverlust ausländischer Währungen und einer enstlichen Pollerhöhung um 50 Proz., bewirken? (Sehr wahr!) (Fortsetzung auf Seite 145.)

Einig im Kampf gegen den Faschismus

Die eiserne Front der Arbeiter — Gewerkschaften, Sozialdemokratische Partei und Reichsbanner geschlossen in der Abwehr — Arbeiter, Arbeiterinnen, schließt euch an! — Vereinigt seid ihr nichts, vereinigt alles!

Es ist keine Zeit, müde zu sein. Die Gegner der Arbeiterklasse bieten alles auf, um die letzten Machtpositionen der Arbeiterklasse zu zerstückeln. Lüge, Verleumdung, Verführung und Terror sind die Hauptwaffen unserer Feinde. Die organisierte Masse soll gegen die Führer aufgebracht und zum Verlassen der Organisationen verleitet werden. Not und Elend werden als Bundesgenossen dabei reichlich ausgenutzt. Verzweigungsstimmung wird erzeugt. Vor allem wird versucht, die mit Recht erbitterten Erwerbslosen für alle möglichen Zwecke politisch zu mißbrauchen. In so einer Zeit die Herzen zu behalten, nicht loszuwerden zu werden und der Arbeiterklasse zu sagen, wie es steht, ist Aufgabe der Führung der Arbeiterbewegung. Was im gegenwärtigen Zeitpunkt gesagt werden muß, kam am 16. Dezember bei einer Kundgebung der Arbeiterorganisationen in Berlin zum Ausdruck und muß allen Arbeitern, also auch den nichtorganisierten, zugänglich gemacht werden; denn es ist in der Lage gekennzeichnet, auf die die gesamte Arbeiterklasse einzustellen hat.

In der eindrucksvollen Konferenz der Spitzenverbände beider Parteien der Bundesarbeiter des ADGB, Theodor Leip-

Die ungeheure Not und die Qualen der 5 Millionen Arbeitslosen.

denen zu helfen die Zweckbestimmung der jüngsten Notverordnung ist, wenn alle darin vorgesehenen Maßnahmen sollen die Wirtschaft beleben, die Arbeitslosigkeit verringern und wachsende Not beseitigen. Ob dieser Zweck erreicht wird, ist sehr fraglich. Die Vorhände der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei werden in Zusammenarbeit mit Aufforderungen aus ihrer Mitgliedschaft, alles daran zu setzen, diese Notverordnung zu beenden. Gewerkschaften und Partei haben bis zur letzten Stunde den hartnäckigsten Widerstand geleistet. Den Anstrengungen dieser gemeinsamen Front ist es schließlich doch gelungen, einen Einfluß auf die letzten Entschlüsse der Regierung auszuüben.

Der Kampf gegen den "Marxismus" geht in erster Linie gegen die Gewerkschaften und gegen ihre Erfolge auf Lohn- und sozialpolitischen Gebiet. Jetzt sollen die Gewerkschaften und die "hohen Löhne" an allen Hebeln und an der ganzen Weltwirtschaftskrise schuld sein. Der schwer erkrankte Kapitalismus wird wiederum die Lüge vor 60 Jahren von Leo Brecht wiederholt: "Schauung an, daß der Lohn-

fonds eine feste Größe sei und sich in Deutschland nach der Kapitalist und den Grenzen der Kapitalbildung zu richten hätte. Aber Leo Brecht hat nachgewiesen, daß der Lohn nicht aus dem Profit des Kapitals, sondern aus dem Verkaufserlös der Produktion bezahlt wird. Es kommt also auf den Konsum und auf die Kaufkraft an, die aber durch die Lohnentwertung immer mehr zerstückelt werden. Man vergißt bei der Betrachtung der Lohnentwertung immer wieder, daß die Tariflöhne fast durchweg nur die Mindestlöhne gewesen sind. Die überarbeitsfähigen Verdienste, Leistungszulagen usw. sind längst fast überall befristet, und dadurch ist die angebliche Senkung des Lebensmittelpreises von 153 auf 131 bereits mehr als ausgeglichen.

Nach 1923 haben die Unternehmerverbände beklagt, daß die Löhnerverdienste im Durchschnitt 15 bis 25 Proz. betragen. Das ist heute — — — nun kommt, sozusagen durch allgemeine verbindlichen Schiedsspruch des Reichspräsidenten, eine neue Lohnentwertung um 15 Prozent. Selbst nach der vorgeschriebenen Minderentwertung und 10prozentigen Preisreduzierung würde die — — — diese Aufwandsverminderungen immer noch übersteigen.

Reipart begründete eingehend die Forderung, daß die Preisentwertung der Lohnentwertung vorausgehen

mühe und ängerte unter lebhafter Zustimmung starke Zweifel an der ersten und vollständigen Durchführung des Preisabbaus. Wenn die Regierung auch das "Sofortprogramm" der Unternehmer mit ihrer Lobpreisung der Privatwirtschaft abgelehnt hat — sie konnte es deshalb, weil kein Zweifel mehr daran besteht, daß der Kapitalismus zu brüchig geworden ist — so hat sie damit die Unzuverlässigkeit und Unfähigkeit der Kapitalisten anerkannt, die Wirtschaft zum Nutzen des Volksganzen zu gestalten und richtig zu führen. Wer für den Sozialismus ist, damit noch nicht viel gewonnen, zumal die Regierung von den Vorschlägen der Unternehmer sehr viel mehr übernommen hat als von den Forderungen der Arbeiterklasse. Immerhin ist unserem Verlangen nach Durchsetzung der Wirtschaft nach Bilanzprüfung Rechnung getragen worden, in der Unfallversicherung können nämlich die Versicherten in gewissem Umfang mitprechen, und die Forderung der Unternehmer nach berufsgenossenschaftlichem Aufbau der ganzen Sozialversicherung ist unerfüllt



Notverordnung und Weißhohlglasindustrie

Das Jahr 1931 geht seinem Ende entgegen. Keiner, auch die Kollegen in der Glasindustrie, werden diesem schweren Schicksalsjahr für die deutsche Arbeiterbewegung eine Träne nachweinen. Es war ein Jahr der Not und Sorge trotz härtester Kämpfe der Gewerkschaften bei den Auseinandersetzungen um die Erhaltung und Ausgestaltung in der Lebenshaltung.

Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln wollten wir der weiterschreitenden Schrumpfung der Kaufkraft einen Damm entgegensetzen, um die Krise nicht noch zu verschärfen, um aber auch der steigenden Armut entgegenzuwirken.

Die unklaren politischen Entschlüsse der jetzigen Reichsregierung und dazu der weltwirtschaftliche Niedergang des Jahres 1931 haben den Boden für die Reaktion fruchtbar werden lassen. Angriff auf Angriff erfolgte auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Vom Geuer ist den Gewerkschaften in zurückliegender Zeit immer der Vorwurf gemacht worden, sie haben sich durch ihre monopolistische Stellung in der Wirtschaft einen sogenannten „politischen“ Lohn errungen. Gegen diese Behauptung mußten wir uns wehren, denn die Lohnhöhe ist nur mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu begründen. Anders sieht es aber heute aus. Jetzt kann man feststellen, daß unseren wirtschaftlichen Gegenspielern durch die Haltung der Reichsregierung der politische Lohnabbau geradezu sanktioniert worden ist, sonst hätte die letzte Notverordnung nicht jeden Gedanken vermissen lassen, die breiten Massen einermäßen zu schützen. Es fehlt aber auch bei der Notverordnung jeder Gedanke, der zur Belebung des Marktes und der Arbeitsbeschaffung beitragen könnte. Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung soll um 10 resp. 15 Proz. gesenkt werden, obgleich doch im letzten Jahr genug am Einkommen der Arbeiter durch Lohnabbau gesündigt worden ist. Was helfen die Versprechungen, daß der Reallohn durch diktatorische Preisabschnürungen wie Mietsverbilligung usw. gesichert werden soll. Handel und Industrie werden trotz des besetzten Preisdiktators immer durch geeignete Ausreden einen Ausweg finden, und es wird kaum der Preisabbau im gleichen Verhältnis zum sanktionierten Lohnabbau stehen.

Nach den Vorschriften der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 haben die Tarifparteien für die deutsche Weißhohlglasindustrie in Dresden wegen Neuabschlusses des Manteltarifvertrages und der Neuberechnung der Lohnsätze nach dem § 2 der Notverordnung Verhandlungen am 14. Dezember geführt.

Die zwingenden Bestimmungen des § 1 der Notverordnung konnten zu Umänderungen der normativen Bestimmungen des Manteltarifvertrages nicht führen, so daß sich die beiderseitig vorliegenden Anträge erledigten. Der Manteltarifvertrag läuft in aller Fassung unverändert bis zum 30. April 1932.

Vom Verhandlungsführer des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken wurde bezüglich der Festlegung der neuen Löhne sofort darauf hingewiesen, daß wir es nicht mit offiziellen Lohnverhandlungen zu tun haben, sondern daß die Parteien kraft gesetzlichen Zwanges gehalten sind, die Berechnungen und Neufestlegungen der Löhne nach dem § 2 der Notverordnung vorzunehmen. Wirtschaftliche und individuelle Verhältnisse haben auszuscheiden. Da die Weißhohlglasindustrie seit Mai dieses Jahres keine Verschiebungen in der Lohnbasis hatte, muß nach den Vorschriften der Notverordnung die Neuberechnung der Löhne mit einem 15prozentigen Abschlag erfolgen, soweit damit nicht die Tariflohngrenze vom Jahre 1927 unterschritten wird.

Vom Vertreter der Branchenleitung wurde zu Beginn der Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Notverordnung wieder mit aller Schwere den wirtschaftlich Schwachen außerordentlich hart trifft, und daß man nicht nur die Bestimmungen der Notverordnung über Löhne und Gehälter besprechen darf, sondern auch die übrigen Punkte, die der Industrie Erleichterungen bringen, wie Zinsen, Materialverbilligung, Frachverbilligung usw. Diese Erleichterungen für die Industrie müssen dazu führen, daß die harten gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Lohnsenkung von den Parteien durch lokale Handhabung gemildert werden.

Die Notverordnung muß aber von den Parteien, und zwar in Auslegung des § 4 dazu führen, daß vom Arbeitnehmerstandpunkt aus bei der Neuberechnung der Löhne folgende Punkte berücksichtigt werden müssen:

1. Die Errechnung der Löhne soll vom Stand des 1. April 1927, der Schaffung einheitlicher Lohnsätze der Gruppen I-VI, aus gehen.
2. Für die Akkordarbeiter müssen die Akkordverdienste des Jahres 1927 im Verhältnis zur Zeitzeit zum Vergleich herangezogen werden.
3. Bei Zeitarbeitsarbeitern muß die Lohnhöhe von 1927 mit unakkunder Arbeitszeit im Verhältnis zur jetzt bestehenden achtstündigen Arbeitszeit und der sich daraus ergebenden Minderung im Lohnsystem beachtet werden.
4. Die eingetretene Verschiebung bei einzelnen Arbeiterkategorien, für die in den einzelnen Lohnsätzen sog. „Von-Vis-Löhne“ festgelegt sind, müssen berücksichtigt werden.
5. Tarifmäßig gewährte Leistungszuschläge oder andere Entschädigungen wie freie Wohnung und Heizung, die im Jahre 1927 bestanden, müssen bei der Berechnung in Erwägung gezogen werden.

Die vorstehenden Punkte sind von den einzelnen Rednern ausführlich begründet worden, denn nur dadurch bestand die Möglichkeit, eine Milderung des vorgeesehenen Lohnabschlages eintreten zu lassen.

Die Arbeitgeber bekanden auf vollkommener Durchführung der Vorschriften der Notverordnung und Festlegung eines Lohnabschlages von 15 Proz.

Erst nachdem wir mit aller Entschiedenheit es abgelehnt haben, im Wege von Parteiverhandlungen einen Lohnabbau von 15 Proz. festzusetzen, beantragte man sich, über andere Möglichkeiten von Lohnvereinbarungen mit uns zu verhandeln. Nach zehntägiger Verhandlung wurde die am Schluß vorzunehmende Tarifvereinbarung getroffen.

Wenn wir zu einem generellen Lohnabbau von 10% Proz. auf Grund der Vorschriften der Notverordnung unsere Zustimmung gegeben haben, so auf Grund der Tatsache, daß für fast alle Gruppen, im Querschnitt berechnet, im Nicht-einigungsfalle der Parteien vom Schlichter die 15 Proz. hätten festgelegt werden können, da leider feststeht, daß die Lohnbasis vom Jahre 1925 gleich Stichtag 10. Januar 1927 so ist, daß obiger Abzug sich fast bei allen Positionen ergeben würde.

Für die Akkordarbeiter bestand im Nicht-einigungsfalle die Gefahr, daß die Schlichter der einzelnen Bezirke nur den tarifmäßig festgelegten Mindestlohn festsetzten, und die Betriebsparteien auf Grund des neu festgelegten Mindestlohnes später die gesamten Akkordtarife hätten umrechnen müssen. Dabei wären dann nichter Abzüge in Erscheinung getreten, die weit über den Maßnahmen des in der Vereinbarung vorgesehene Prozentsatzes liegen.

Bei Scheitern der Verhandlungen wäre auch das mühsam geschaffene Tarifwerk in der deutschen Weißhohlglasindustrie wieder vollkommen zerfallen, zum mindesten stark verändert worden, und bei späteren Verhandlungen die unerfreulichen

Auseinandersetzungen über eingetretene Lohnunterschiede in den einzelnen Gruppen zueinander und der dadurch herbeigeführten Verschiebung in der Konkurrenz erneut aufgetreten wären.

Wir wollen besonders darauf hinweisen, daß die Entscheidung für die Annahme der erwähnten Vereinbarung allen anwesenden Tarifkommissionsmitgliedern wie auch Organisationsvertretern äußerst schwer geworden ist; aber nach Nachprüfung aller Verhältnisse dieser Weg als der einzig richtige gegeben schien, da sonst nach den reinen Vorschriften der Notverordnung der Lohnabbau behauerlicherweise vom Schlichter noch höher festgelegt worden wäre.

Es ist bei der Kritik der Vereinbarung darauf zu achten, daß wir insolge der gesetzlichen Vorschriften der Notverordnung nicht eine freie Entscheidung wie bei den anderen Verhandlungen herbeiführen konnten, sondern unter dem gesetzlichen Zwange unsere Handlungen geschehen mußten.

Die Zeit dürfte es lehren, daß die Tarifkommission und Branchenleitung durch Herbeiführung einer Tarifvereinbarung richtig gehandelt hat. Hätten wir unsere Sache den Schlichtern mit ihren diktatorischen Vollmachten nach der Notverordnung es überlassen, dann wäre bestimmt neben der herbeiführung Schlimmeres herausgekommen. Das sieht man jetzt bereits nach Bekanntwerden der ersten Entscheidungen der Schlichter auf Grund der Notverordnung.

Es darf trotzdem kein Verzagen geben. Unsere Parole muß nach wie vor sein: Bereit halten, Geschlossenheit zu sichern, um zu gegebener Zeit den Gegenstoß mit Erfolg zu führen. Mit eisernem Willen und innerer Ueberzeugung für unsere Sache, für soziale Gerechtigkeit muß der Kampf weitergeführt werden. Die Ziele, die wir erreichen wollen, bleiben trotz allem Schwere die gleichen. Sie sind deshalb des gemeinsamen Kampfes aller auch für die Zukunft wert.

M. Krebs.

Tarifvereinbarung.

Zwischen dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Dresden, und dem Keramischen Bund, Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes, sowie dem Berufsverband Deutscher Glasarbeiter, beide in Berlin, wird heute auf Grund der Vorschriften der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 folgendes vereinbart:

1. Alle am 8. Dezember 1931 gültig gewesenen Akkord-, Nacht- und Zeittarife, sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten werden mit Wirkung ab 1. Januar 1932 um 10,5 Proz. ermäßigt.
2. Bezüglich der Geltungsdauer dieser Regelung gilt die Bestimmungen des § 1 der Notverordnung.

Dresden, den 14. Dezember 1931.

Keramischer Bund. / gez.: M. Krebs.

Berufsverband Deutscher Glasarbeiter. / gez.: K. Seilmann.

Schutzverband Deutscher Glasfabriken. / gez.: Reichow.



Ein Laie bei den Porzellanern

Hier schreibt einer seine Eindrücke, der zum erstenmal in seinem Leben in einer Porzellanfabrik war. Einer, der zwar schon viele Betriebe sah: Eisenwerke, Automobilfabriken, Brauereien, Schriftgießereien, Schiffswerften, Baumwollspinnereien und Automobilfabriken, Elektrizitäts- und Gaswerke und manches andere; nicht nur hier in Deutschland, nicht nur allein in Europa, sondern in drei Weltteilen, jenseits der Meere.

Aber eine Porzellanfabrik, die sah er erst kürzlich; und hatte seine Nase doch schon hier und dort und heinige überall. Daß er, der diese Zeilen schreibt, zu den Porzellanern kam, verdankt er einer Gewerkschaft, Freund.

Nicht wahr, es wäre lächerlich, wenn ein Laie — das ist einer, der kein Fachmann ist — hier den vielfachen und luntigen Arbeitsprozeß beschrieb, in dem ihr täglich steht und über den ich euch nichts Neues sagen könnte. Höchstens langweilen würde ich euch damit; aber da ich weiß, daß Langeweile dem Leser zu bereiten, ein Todesurteil ist, das sich der Schreiber selbst anstellt; so will ich nichts anderes tun als ganz bescheiden einige Gedanken hier aufzeichnen. Gedanken, die ein eindrucksfähiger Mensch hatte, als er zwischen euch weilt und euch bei der Arbeit sah; bei dieser Arbeit, die trotz Majestät noch immer Kunstfertigkeit verlangt.

Der Künstler hat sein Können teilweise in den Fingerspitzen. Der Musiker, der Bildhauer und der Dichter. Der Musiker: der Tastenanschlag des Klavierpielers, die Vogensführung und Saitenpannung des Violinisten, die Güte seines Könnens ist nicht allein die mehr oder minder vollkommene Technik, sondern das Leben, das Unbestimmbare und das nie Erlernbare; es liegt in den Fingerspitzen.

Dem Bildhauer bedarf es keiner Erklärung; denn jeder weiß, daß jenes „gewisse Etwas“ (das einem Werk erst den Stempel der Persönlichkeit aufdrückt) auch nicht erlernbar ist, sondern eben in den Fingerspitzen liegt.

Und der Dichter, was hat es mit ihm für eine Verwandtschaft? Schreibt er nicht einfache Worte nieder; fügt er sie nicht einfach zusammen zum Gedicht oder „gewöhnlichen“ Satz? Gewiß, das tut er, der Dichter. Aber das ist ja nur ein äußerliches, eben Sichtbares; aber dahinter lebt, zittert, vibriert das gleiche Fingerspitzengefühl, wie wenn du einem Teller die Form gibst oder einen der mächtigen Molatoren dreht. Das Sichtbare ist das Material und das Manuelle; aber du weißt ja selbst, wie wenig es damit allein getan ist; dahinter wirkt, unsichtbar, dein Können, das in den Fingers-

Porzellan macht sich bemerkbar

Wenn die Schaufenster in der Großstadt für das Weihnachtsfest dekoriert werden, gehen auch die Porzellanstände dazu über, ihre Auslagen besonders auszugestalten. Kürzlich, während der Porzellanwoche, waren die Schaufenster der Porzellanstände schon der Anziehungspunkt für schönheitsbegeisterte Augen. Nun ist das auch in der Weihnachtszeit der Fall. Aus der Fülle der Geschäfte, die sich in Berlin Mühe machen, durch künstlerisch geschmackvolle Schaufensterauslagen Kunden zum Kauf zu locken, wollen wir nur einige hervorheben.

Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin veranstaltete zur Anregung des Weihnachtsgeschäftes zwei Sonderausstellungen, eine „Das Porzellan und die Wärme im Winter“, in ihren Verkaufsräumen am Bahnhof Tiergarten, Wegelstraße 1, und eine „Schöne Formen aus alter und neuer Zeit“, in den Ausstellungsräumen Leipziger Straße 2. Die Sonderausstellungen scheinen eine Anzahl Liebhaber angezogen zu haben, ob jedoch der erhoffte Erfolg zu verzeichnen war, entzieht sich unserer Kenntnis. Sie zeigten

Gräfenroda

In der Wilhelmshütte in Gräfenroda scheint man nach den Vorgängen im Oktober so langsam, hohle Jahre zu bekommen, und die Fabrikarbeiter, welche durch den letzten Lohnabbau hervorgerufen wurden, begannen sich jetzt erst auszuwirken. Die AGO hatte damals geglaubt, den Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, bei dieser Aktion zu belassen. Aber das Ding ging anders aus, als man allgemein erwartet hatte. Während die Organisation auf ihrem Standpunkt beharrte, jeden Lohnabbau abzulehnen, ließ der Betriebsratsvorsitzende, ein AGO-Mitglied, eine Abstimmung im Betrieb vornehmen. Er hatte wahrscheinlich geglaubt, daß der revolutionäre Plan so groß wäre, daß die Belegschaft einstimmig das Ansuchen der Firma ablehnen würde. Aber weit gefehlt. Mit Zweidrittelmehrheit beschloß die Belegschaft, das Angebot der Firma anzunehmen. Nun saß alles da und ließ die Ohren hängen. Auch das Ueberbringen von revolutionären Grüßen von seiten der Arbeitslosen hat die Belegschaft nicht daran gehindert, sich dem Diktat der Firma zu fügen. Das Schönste aber war doch, daß die Herren der AGO, erklärten: Das, was die Organisation macht, dem schließen wir uns an, vielleicht mit dem schönen Hintergedanken, daß die Organisation annehmen würde, und man dann feste auf sie losgehen könnte. Aber der Zug war fort. Nebenbei wollen wir noch bemerken, daß es dem Kollegen Dornheim gelungen war, in einer der Verhandlungen die Forderungen der Firma etwas herunterzudrücken. Es wird höchste Zeit, daß die Kollegen der Wilhelmshütte wirtschaftlich ihre Einheitsorganisation im Keramischen Bund und damit im Verband der Fabrikarbeiter, sehen.

Rußland

Die Produktionsergebnisse der Glas- und Porzellanindustrie in der Union der Sowjetstaaten Russlands für die ersten 9 Monate dieses Jahres sind weit hinter den Plan zurückgefallen. Das Programm für die Glasfabrikation ist in der erwähnten Zeitperiode nur etwa zu zwei Dritteln und für die Porzellanherstellung etwa zu drei Viertel durchgeführt worden. Die unbefriedigenden Ergebnisse werden auf die mangelhafte technische Leitung der einzelnen Fabriken sowie auf die unzulänglichen Leistungen der Arbeiterchaft und ihre Inaktivität zurückgeführt. Neuen Bestimmungen zufolge sollen im vierten Quartal d. J. in der UdSSR. 168 000 t Glaserzeugnisse und 27 000 t Porzellanwaren hergestellt werden.

Die Bundesvereinigung für die Glas- und Porzellanindustrie, „Soyuzstoliaror“, wird demnach den Plan von einigen neuen Glasfabriken in Angriff nehmen. Unter anderem sollen zwei Fabriken für die Herstellung von Konfektglasfenstern mit einer Jahresproduktion von je 57 600 t errichtet werden. Auch ist der Bau einer Fabrik zur Herstellung von Apothekenglas und technischem Glas vorgezogen.

Britisch-Indien

Einige indische Glasfabriken sind bei der indischen Regierung vorzüglich geworden und haben um Schutz der Glasindustrie gebeten. Der Antrag ist dem Tariff Board zur Prüfung überwiesen worden.

Genau so ist es mit dem Schreiben: das Wort ist das Material, und das Niederschreiben ist das Manuelle; aber zwischen Worte einanderfügen ist ebenso ein Unterschied wie zwischen Tellerformen. Dem einen gelingt Vollendetes, dem andere nur Stümperhaftes. Worte können tot und langweilig, und Worte können lebendig und Musik sein; wie auch in Porzellan gebrannte Form für das Auge tot oder lebendig sein kann.

Wo liegt das Geheimnis? In den Fingerspitzen. Du fragst, was von allem Geschehenen mir den stärksten Eindruck machte?

Zwei Dinge waren es: ein ganz Unscheinbares, über das du wahrscheinlich lächeln wirst; und ein ganz Mächtiges, das dir als selbstverständlich vorkommt. (Aber ich bin ja ein Laie und schreibe ohne Wichtigkeit nur das auf, was mich am meisten beeindruckte.)

Das Unscheinbare war dies: wie Mädchen und Frauen mit zitterndem Auge und zitternder Hand den Fabrikatlohn auf die rohen, zerbrechlichen, noch ungebrannten Tassen, Teller, Vasen, Kannen drückten. Drückten — sage ich? Das ist kein Wort dafür. Es ist wie der leichte Klügelschlag eines Vogels, ist wie ein Schwaben, ist wie eine handgarte Verührung, wenn der kleine Stempel das so dünne Gefäß berührt. Und mit welcher Raschheit, mit welcher unselbischen Sicherheit wird das Signet hingezaubert!

Und das Mächtige war dies: wie einer der großen Brennöfen gefüllt wurde.

Wie ein vielfältiges Warenlager in seinen runden dreigeschossigen Bauch verschwand. Wie kunstvoll aufgebaut Tausende von Tassen, Tellern, Kannen, Figuren — jedes auf einem Unterfuß ruhend — im Ofen verschwand. Wie er zugemauert, geheizt wurde, und wie das Waqtis des Brennens begann: wie abgemessen die Flamme bis zum Scharffener gesteigert wurde. Wie hier, inmitten unserer Maschinenzeit, sich die alte Methode des Brennens erhalten hatte; und wie auch heute noch alles abhängig vom menschlichen Können, wie Füllen des Ofens, Brand und Entleeren — Gelingen oder Mißlingen des Wertes bestimmen.

Ich könnte noch schreiben von der Bäckerei, der Malerei, den Formern; aber ich will nicht mehr geben mit diesen Zeilen als ein paar Gedanken und Eindrücke, die zugleich ein Dank sein sollen von einem, der einen raschen Blick tat in eine Welt, die ihm bisher unbekannt geblieben war.

aber auch davon, welche Mühe sich die Manufakturleitung gibt, das Geschäft anzuregen.

Wehr noch als die beiden sehr anregenden Sonderausstellungen interessierten den Berichterstatter die prachtvoll ausgestatteten Schaufenster der Verkaufsstellen in der Leipziger Straße. Sie sind für die gleichgültigsten Straßenpassanten ein Anziehungspunkt. Tausende von Menschen hatten täglich daran vorbei, aber nur wenige gehen achtlos vorüber. Alle für Schönheit empfindlichen Menschen, die diese Straßenseite entlangstreifen, müssen sich einfach aus dem Strudel lösen und müssen, wenn auch nur für einige Sekunden, diese Augenweide genießen, und die Kenner wenden sogar Zeit daran, Einzelstücke näher zu betrachten. Wenn alle die stillen Bewunderer der Porzellanpracht über genügend Kaufkraft verfügen würden, wahrlich sie trügen kräftig zur Aufrechterhaltung des Staatlichen Manufakturbetriebes und zur künstlerischen Ausgestaltung der Wohnung bei.

Auch die Staatliche Porzellanmanufaktur Weichen am Zoo gab ihren Schaufenstern Weihnachtsgestaltung.

und eine feinsinnigere wirksame Note. Weissen bietet dem Auge Schönheit dar, die jede für sich Vollendung sind. Trost dem bleiben vor dieser Auslage weniger Menschen stehen. Das liegt doch sicher am Publikum, das mehr die Kinoreklame und die Autos in den Schaufenstern dieser Gegend beachtet.

Etwas freier und weniger streng gebunden macht sich die „Weihnachtsmesse“ von den H. H. Rosenthal-Fabrikanten in der Volkestraße bemerkbar. Ein beleuchteter Weihnachtsbaum im Freien lenkt vom Vorgarten das lachende Auge auf die mit Porzellanfiguren verzierten Schaufenster. Die bunten Schachteln sollten nicht mit darin stehen, dann wäre die Wirkung noch besser. Bei Rosenthal steht man im Schaufenster schon die Vielseitigkeit der Werke.

Bei den Lorenz-Porzellanfabriken in der gleichen Straße ist wieder das Schaufenster auf die apartesten Schön- und Neuheiten eingestrichelt. Nur das Wirkungsvollste und Feinste bietet sich dem Auge dar, und doch kann man im Laden die Vielseitigkeit auch dieses Konzerns erkennen. Gutschneidter hat unzweifelhaft in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht.

Die Fabrikanten haben sich Mühe gegeben und in der besten Weise ihre Erzeugnisse ausgestellt. Das Publikum wird das auch rückhaltlos anerkennen, ihm fehlt nur das Geld zum Kaufen. Der Wille dazu ist vorhanden.

Wie es früher war

Ein Kapitel, wie es früher um die persönliche Freiheit und um die politische sowie wirtschaftliche Betätigung der Arbeiter handelte, behandelte kürzlich Kollege Emil Hoffmann in „Münchener“ bei einer Ansprache anlässlich einer Jubiläumsvorlesung in Scheide. Dies ist ein Ort mit einer Porzellanfabrik, und der Fabrikbesitzer war einst ungekrönter und unbegrenzter Herrscher in seinem Reich. Er besaß die Machtmittel auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890, „seine“ Arbeiter zu beherrschen und zu beeinflussen. Er tat das entgegen der Konstitutionsfreiheit nach ungeschriebenen Gesetzen. Wie, das erzählt Hoffmann in folgendem:

„Seinerzeit war von den in der Porzellanfabrik in Scheide Beschäftigten nicht eine Person organisiert. Alle Mühe in den damals vorausgegangenen Jahren, die Kollegen von Scheide zu organisieren, scheiterte an der Furcht der Arbeiter vor dem feinerzeitigen „Herrgott von Scheide“, dem reaktionären Fabrikanten Kister; bei ihm bestand trotz Reichsgejet das Koalitionsverbot. Ich mußte in jenen Jahren heimlich nach Scheide; denn ditters Willmacht war unbegrenzt. Da plötzlich hatte ich eine schwache Seite des Ritters entdeckt. In seinem zur Fabrik gehörigen „Schloß“ hatte der „Herrgott“ einen „Wächter“, mit dem er sich verkracht hatte. Mit diesem Wächter war ich bald einig dahingehend, den Porzellangewaltigen Kister „auszuschmieren“. Der Wächter stellte seine Lokaltäten, einschließlich Saal, zur Verfügung, und so konnte am 20. Oktober 1906 die erste öffentliche Versammlung in Scheide stattfinden. Der Besuch war trotz aller Drohungen und Hänke des Fabrikanten ein guter. Am Schlusse jener Versammlung wurden nur Anmeldeformulare verteilt; Aufnahmen zu machen, wurde abgelehnt mit dem Hinweis, die Anmeldung dem Gauleiter per Post nach München zu schicken. Innerhalb zwei Wochen hatten auf diesem Wege fast sämtliche Arbeiter der Porzellanfabrik Scheide ihre Anmeldung zum Verband vollzogen. So stand damals der Unternehmer, trotz des Anhangs zur feinerzeitigen Arbeitsordnung: „Die Zugehörigkeit zum Porzellanarbeiterverband ist verboten“, vor der fertigen Tatsache, daß sich plötzlich fast alle Arbeiter dem Porzellanarbeiterverband angeschlossen hatten. Damit mußte sich der „Herrgott von Scheide“ zähneknirschend abfinden. Wie es dieser Allgewaltige von Scheide früher verstanden hatte, alle freibeweglichen Mengen von vornherein zu unterbinden, hat ein Vorgang im Anschluß an jene Versammlung bewiesen. Ein alter 70jähriger Schuster kam und erklärte, daß er in seinem langen Leben heute der zweiten Versammlung in

Scheide beigewohnt habe. Im Jahre 1848 habe der bekannte Freiheitskämpfer Robert Blum auf der Wiese unterhalb Scheide eine Versammlung abgehalten. Seit dieser Zeit habe in Scheide (also bis 1906) keine Versammlung politischer oder gewerkschaftlicher Charakter stattgefunden.

Sobiel Macht hatte also ein Fabrikbesitzer in jener Zeit. Aber die Arbeiter verstanden es trotzdem mittels Aufmenschlusses in Verbänden, sie mit ganz einfachen Mitteln zu brechen. Das wird immer so bleiben, wenn sich stets die Arbeiter einig sind in ihrem Tun und Handeln. Die einfachsten Mittel im Kampf der Arbeiter sind stets die erfolgreichsten. Das muß vor allem die Jugend beachten, der in Heilslehren so viele neue Mittel für den Kampfstampfen empfohlen werden.

Goldig

Bei den letzten Lohnverhandlungen im Oktober d. J. liebte Herr Dr. Warnke unsere Zahlen über die Belegschaftsstärke der Steingutfabrik A.-G., Goldig, zu bestritten. Wir bezifferten die Belegschaft auf etwa 600. Herr Dr. Warnke behauptete in Gegenwart des Schlichters, es seien höchstens 600 bis 700, und diese arbeiteten nur 4 Tage seit Monaten. Da hat Dr. Warnke der ersten Unrichtigkeit gleich noch eine zweite und noch dreifache angehängt.

Wir wollen heute unserer Verhandlungskommission, der Offenlichkeit und auch dem Schlichter mitteilen, was ist. Im März 1931 beschäftigte die Steingutfabrik A.-G., Goldig i. Sa. 680 Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Juni 1931 waren es 1008, im August 920, im September 800, im Oktober 918 und gegenwärtig, Anfang Dezember, 938. In Goldig ändert sich die Belegschaftsstärke ständig. Unter 900 Arbeiter sind dieses Jahr dort noch nie beschäftigt worden. Zu dieser Belegschaftsstärke der Arbeiter und Arbeiterinnen kommen noch über 75 Angestellte. Merken Sie sich das, Herr Dr. Warnke. Diese Angestellten stammen von der Ortskrankenkasse. Es ist nicht anzunehmen, daß die Buchhaltung und die Personalabteilung in Goldig unter so trauriger Führung steht, daß sie etwa 200 bis 300 Personen mehr bei der Ortskrankenkasse anmeldet und auch Beiträge dafür bezahlt, als sie in Wirklichkeit beschäftigt.

Aber vielleicht hatte Dr. Warnke die Zahlen 600 bis 700 im Kopf, weil die A.-G. in Goldig nur für soviel Personen Beiträge beim Arbeitgeberverband bezahlt. Dann hätte allerdings Dr. Warnke jetzt noch eine Nachforderung für das ganze Jahr 1931.

Kurzgearbeitet mußte werden, weil das Brennhaus und andere nachfolgende Abteilungen die riesigen Quantitäten der Rohabteilungen nicht mehr schaffen. In den Rohabteilungen hat man so große Leistungserwartungen aufzuweisen, daß man keine 8 Tage mehr zu arbeiten braucht, um den übrigen Betriebsteil zu befriedigen.

Auch ein Zeichen der Zeit und ein Beitrag zur Wirtschaftskrise.

Wenn Dr. Warnke nur einmal einen Betrieb, die Arbeiter dazu, und ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse kennenlernen würde, dann würde er anders reden.

Vollstet

In der letzten Aufsichtsratsitzung der ältesten Volkstetder Porzellanfabrik A.-G. in Volkstet wurde das Gesuch des Generaldirektors Kommerzienrat Dr. Ing. a. h. Trostler, ihn nach Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu versetzen, genehmigt. Der Aufsichtsrat beschloß, um die reichen Erfahrungen des Ausscheidenden für die fernere Entwicklung der Gesellschaft nutzbar zu machen, der nächsten ordentlichen Generalversammlung die Wahl von Generaldirektor Trostler in den Aufsichtsrat vorzuschlagen. Es ist hierbei in Aussicht genommen, dem Genannten den Vorsitz des Aufsichtsrats zu übertragen.

Auf den Außenstehenden macht der Rücktritt des Herrn Dr. Trostler den Eindruck, als müße er einer solchen jüngeren Kraft weichen.

und des Rußes in den Trockenkammern auf die Ein- und Ausfuhr. Weniger innerlich als äußerlich, und zwar innerlich: Appetitlosigkeit und Kopfschmerzen, äußerlich: dauernde schmerzhaft Entzündung der Augen. Es gibt mehrere Systeme, und nicht jeder Mensch ist empfänglich dafür; aber trotzdem sind dauernde Beobachtungen anzustellen. Ebenso verhält es sich mit den Venenarbeitern. Die Einwirkung der heißen Luft und des Staubes auf die inneren Organe wie Nieren, Lunge und Herz, weiter der dauernde kräftige Wechsel der Innen- und der Außentemperatur, zumal in der kalten Jahreszeit.

Ein Fall zeigte die Notwendigkeit, die geringsten Verletzungen zu behandeln. Einem Brenner flog beim Schütten mit der dabei verbundenen Funkenbildung ein Funke in die Nase. Das verursachte eine Entzündung, die zum Tode führte. Wohl Betriebsunfälle, die aber nicht unfallentgeltlich behandelt werden. Dazu müssen dieselben Feststellungen und Vorgänge vielerorts vorkommen, um eine Gefährlichkeit oder dauernde Schädigung bescheinigen und beweisen zu können. Das soll der Zweck unserer Feststellung sein.

Wir wollen unseren Kolleginnen und Kollegen helfen, daß sie unter Verhältnissen arbeiten können, die jede gesundheitliche Gefahr nach Möglichkeit ausschließt.

Die Rationalisierung, der Wille, den Arbeitsprozeß zu beschleunigen, die Produktion mit weniger Arbeitskräften zu erhöhen, alle Anschlagungen, die nicht eng mit der Produktion verbunden sind, fallen zu lassen, führen zur Misachtung der Vorschriften über Unfall und Hygiene.

Eine wahre Antriebswut herrscht in den Ziegeleien. Immer Tempo, Tempo! Raum das Eisen wird den Arbeitern geschenkt. Weil keine Neuanstellungen mehr vorgenommen, Schäden nicht repariert werden, entstehen Gefahren, die den Ziegler nicht uninteressiert lassen können, will er nicht eines schönen Tages ohne jede Hilfe körperlich und geistig ruiniert auf der Straße stehen. Das zu verhindern, dazu ist der Fabrikarbeiterverband da; aber es ist auch die Pflicht der Kolleginnen und Kollegen, sich reiflich zu organisieren, bei der Neuwahl der Betriebsräte im kommenden Jahr nur solche zu wählen, die reges Interesse zeigen und mitarbeiten wollen. Dann erfüllen die Betriebsräte ihren Zweck und können in der Meinung der Öffentlichkeit bestehen. Nicht zwecklos sind die Betriebsräte in dieser Zeit, sondern zweckdienlich, wenn sie das nötige Interesse für die freie Gewerkschaftsbewegung aufbringen.

Gans Lubwig, Eisenberg i. Thür.

Die Kapitalverflechtung in der Industrie der Steine und Erden

Zwischen den einzelnen Unternehmungen bestehen heute so enge kapitalmäßige Verflechtungen, daß es fast unmöglich ist, die Kapitalien der einzelnen Gesellschaften zusammenzurechnen, um sich ein Bild von den gesamten in einer Industrie arbeitenden Geldmitteln zu verschaffen. Auf Grund der kürzlich durchgeführten Konzernstatistik kann man wenigstens bei den Aktiengesellschaften Aufschluß über die Verflechtungen gewinnen. Am 31. Dezember 1930 gab es in der Baustoffindustrie 347 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 399 Millionen und in der Industrie der Steine und Erden 223 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 289 Millionen. Von diesen Gesellschaften halten 25 mit einem Kapital von über 20 Millionen Beteiligungen in ihrem Portefeuille, und an diesen Gesellschaften sind wiederum 14 andere Aktiengesellschaften mit einem Kapital von über 100 Millionen beteiligt. Etwas übersichtlicher und eingehender ist die Konzernstatistik bei den passiven Beteiligungen, d. h. Aktiengesellschaften einer Industrie, deren Aktienkapital in der Hand anderer Eigentümer ist. Dabei läßt sich der Aktienbesitz, der sich im Eigentum von Privaten befindet und an der Börse gehandelt wird, überhaupt nicht feststellen, und desgleichen kann man auch den Aktienbesitz der Banken nicht kontrollieren. Was man feststellen kann, ist vor allem die Aktienverschachtelung zwischen den Aktiengesellschaften, dann der Aktienbesitz der öffentlichen Hand und schließlich der des Auslandes.

In der Baustoffindustrie wurden bei 91 Unternehmungen mit einem nominalen Kapital von rund 210 Millionen Beteiligungen in Höhe von 108 Millionen festgestellt, das sind 27 Proz. des in der ganzen Industrie arbeitenden Kapitals von Aktiengesellschaften. Ein Kapital von 108 Millionen also befindet sich auf jeden Fall nicht im Besitz von Privaten, und zwar sind 84 Millionen im Besitz von anderen Aktiengesellschaften, 9 Millionen im Besitz von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 6 1/2 Millionen gehören anderen Eigentümern (insbesondere Vereinen), 2,87 Millionen sind im Besitz der öffentlichen Hand und 5,58 Millionen in ausländischem Besitz. Soweit die Eigentümer der Aktien selber Aktiengesellschaften sind, hat man sie nach Branchen aufgeschlüsselt, und es ergab sich, daß annähernd 15 Millionen RM Aktien von „Bergbau und Eisenindustrie“ gehalten wurden, 37,26 Millionen von anderen Gesellschaften der Baustoffindustrie, 4,53 Millionen von Unternehmungen in der Gruppe „Steine und Erden“ und 21,82 Millionen RM Aktien waren Eigentum von Beteiligungsgesellschaften, den sogenannten „Investment Trusts“. Am Auslandsbesitz war Belgien mit 3,40 Millionen, Luxemburg mit 1 1/2 Millionen und Desterreich mit einer halben Million beteiligt. Die direkte Beteiligung der öffentlichen Hand an fünf Unternehmungen der Baustoffindustrie mit 2,87 Millionen entfällt auf 1,81 Millionen auf die Gemeinden, zu 150 000 RM auf die Länder und zu 910 000 RM auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts.

In der Industrie der Steine und Erden wurden Beteiligungen bei 79 Aktiengesellschaften festgestellt. Das ganze Kapital dieser Aktiengesellschaften belief sich auf 188 Millionen, und davon waren nicht weniger als 98 Millionen, also mehr als die Hälfte, sogenannte feste Beteiligungen. Von den Aktien waren im Eigentum anderer Aktiengesellschaften 57 Millionen, 7 Millionen waren im Besitz von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 6 Millionen gehörten anderen Unternehmungen. Der Besitz der öffentlichen Hand ist mit einer halben Million sehr gering, sehr stark dagegen ist der ausländische Besitz. Es sind immerhin 27,4 Millionen, das sind fast 10 Proz. von dem gesamten Kapital der Aktiengesellschaften in der Gruppe „Steine und Erden“, in der Hand ausländischer Eigentümer. Belgien allein hat 16,55 Millionen RM Aktien, Frankreich 4,12 Millionen, England 3 Millionen, Holland 1,79 Millionen und Desterreich 0,78 Millionen. Von dem inländischen Besitz an Aktien von Unternehmungen der Industrie der Steine und Erden befinden sich im Besitz des Sternlohnbergbaues 5 Millionen, im Besitz von Aktiengesellschaften der Baustoffindustrie 4 Millionen, der elektrotechnischen Industrie 8,12 Millionen, und 2,05 Millionen befinden sich im Besitz eines gemischten Konzerns. Beteiligungsgesellschaften halten 7,88 Millionen RM Aktien, was stets als Beweis für gute Rentabilität angesehen wird. Aktiengesellschaften der Gruppe Steine und Erden selber halten fast 19 Millionen RM Aktien der gleichen Gruppe in ihrem Eigentum, sie üben also die Funktion einer Dachgesellschaft für Unternehmungen der gleichen Industrie aus.

Rudolf Wachter.

Ungarn

Trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise ist in Ungarn die Produktion der Ziegeleien gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres auf 15 Millionen Stück in diesem Jahre gestiegen. Allerdings soll es sich hauptsächlich um die Produktion solcher Fabriken handeln, die in Familienbesitz sind.



Arbeiterschutz und Rationalisierung in der Ziegelindustrie

Die fortschreitende Mechanisierung der Ziegelindustrie bringt die kleinen und mittleren Betriebe in eine wirtschaftliche Zwangslage, und zwar in Konkurrenzunfähigkeit gegenüber den modern eingerichteten, kapitalkräftigeren Großbetrieben. Die zum größten Teil mit menschlicher Arbeitskraft produzierenden Ziegeleien verlieren nun durch erhebliche Verlastung der menschlichen Arbeitskraft einen Ausweg zu schaffen. Diese heute übliche außerordentlich starke Belastung soll dementsprechend viel Arbeitskräfte freistellen, um den Lohnanteil, um die Unkosten zu senken. Bei dieser leichtfertigen Methode wollen die Ziegeleiunternehmer nicht stehen bleiben, und ihnen ist nichts natürlicher, als bei den zum Schutz der Arbeiter bestimmten Anschaffungen und menschlichen Verlastigungen Einsparungen zu machen. Der wirtschaftliche Druck, der Hinweis auf das hohe Angebot billigerer Arbeitskräfte sollen genügen, die Ziegler von einem eventuellen Widerstand abzuhalten. In diesem Fall entfällt für die Betriebsräte der Ziegelindustrie die Aufgabe: mehr denn je ihr Augenmerk auf die Verhütung der Unfall- und Gesundheitsgefahren zu richten. Die veränderten Arbeitsmethoden bedeuten Gefahr für Leben und Gesundheit. Oberflächliche Kontrolle irgendwelcher Betriebsvorrichtungen schaden mehr als sie nützen. Der Arbeitsvorgang von der Grube bis zum Verladen in mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen und alle nützlichen Einzelheiten festzustellen.

Auch die Ziegeleiarbeiter haben ein Recht darauf, als Menschen behandelt zu werden. Dem unwürdigen Zustand, die Ziegeleiarbeiter als Menschen „niedrigerer Klasse“ zu stempeln, muß mit aller Energie entgegengetreten werden. — Dem Schutzbedürfnis der Arbeiter glaubte der Gesetzgeber in den §§ 120 a und b der Gewerbeordnung genügend Rechnung getragen zu haben. Damit wollte man der Nachlässigkeit bzw. der Unachtsamkeit des Unternehmers auf dem Gebiet des Unfalls und der Hygiene Einhalt gebieten. Gewiß würden diese Bestimmungen genügend Sicherheit geben, wenn seitens der Gewerbeaufsichtsbehörde dem Sinn dieser Bestimmungen, die im Hinblick auf deren Durchführung Sorge getragen würde. Die Unternehmers als Verantwortliche müssen ihre Pflicht politisch eher zu tun, daß all in dem § 120 a der Gewerbeordnung herangezogenen gesetzlichen Bestimmungen die Unternehmungen genügt. Die Verantwortlichkeit der Unternehmungen tritt zur Geltung und auch das Verlangen nach Anwesenheit der Ziegler. Rechnen die Unternehmungen mit der schlechtesten Verhältnisse mit der Gleichgültigkeit der Ziegler bei betrieblichen Vorkehrungen, so ist es Pflicht der freien Gewerkschaft, einzugreifen, um das Schlimmste zu verhindern. Und die Ziegler dazu bietet ihr die ständige Mitarbeit der Betriebsräte, indem sie die genaue Beobachtung dem Fabrikarbeiter-Verband zur weiteren Bearbeitung übermitteln.

Wir müssen in voller Konsequenz an die Öffentlichkeit treten. Nicht nur allein um die Anproben der Unternehmungen der Arbeiter! Die Hauptaufgabe besteht in der Überzeugung von dem Wert der betriebsärztlichen Tätigkeit sowohl bei den Kolleginnen, den Kollegen und auch bei

Öffentlichkeit. Allgemein — auch unter den Gewerkschaftern — wird heute unter den gegebenen politischen Verhältnissen an der Möglichkeit der Betriebsrätebewegung gezweifelt. Deshalb soll unser Gang in die Öffentlichkeit das Gegenteil beweisen. Nicht, daß wir mit Lament und Pausenpolter die Aufmerksamkeit auf uns lenken wollen; wir wollen in ruhiger, sachlicher Weise unsere betriebsärztliche Funktion durchführen. Das Gesamtergebnis dieser einzelnen Arbeit bleibt dem Fabrikarbeiterverband vorbehalten, um damit zum Nutzen der frei organisierten Ziegler operieren zu können. Die Gewerkschaften regeln nicht nur die Lohnbedingungen, die Arbeitsbedingungen, unter welchen Verhältnissen gearbeitet werden muß, oh gesundheitliche Gefahren dauernd oder vorübergehender Natur vorhanden sind, ist praktisches gewerkschaftliches Arbeitsgebiet. Hieran kommt es besonders an. Betriebliche Einrichtungen, die in ihren Auswirkungen gesundheitschädigend sind, und somit die Arbeitskraft schwächen oder dauernd lähmen, durch behördlichen Zwang so umändern zu lassen, damit jede Gefahr ausgeschlossen ist, zumindest keine dauernde Schädigung hervorbringt. Nun hat man sich bis jetzt weniger um die Vorgänge in den Ziegeleien bekümmert, nicht etwa gewerkschaftlicherseits, nein, die Kolleginnen und Kollegen haben bisher alle gesundheitlichen Einwirkungen in den Ziegeleien, angenommen als unabwendbares Schicksal, als Dinge, die in der Natur der Sache begründet liegen. Sie haben sich bis jetzt noch nicht der Mühe unterworfen, nachzudenken, zu forschen, ob die Einwirkung unabänderlich ist oder ob sie bei halbwegs menschlichem Verständnis des Unternehmers abzumildern wäre. „Gefahren lauern überall“, werden die Unternehmer sagen. „Gefahr“ — für welche? Einwirkung der höheren Gewalt, die so plötzlich kommt, daß Menschengeist und Kraft versagt, ist nicht. Die anderen sind es, und die sind hier bestimmend, durch Menschengeist und -hand geschaffene Konstruktionsfehler, die nicht erkennbar, auch beim praktischen Vorgehen für den Unternehmer keinen Nachteil haben, sondern nur den Schaden in seiner Arbeit damit verbundenen Menschen treffen. Viel sind schon krank gewesen, ohne sich über die Ursache hat zu sein. Ursachen, die durch die Arbeitslosigkeit bedingt sind. Sehr wie einmal ganz ab von dem Unfallschutz, dem Gebiet, dem ohne weiteres besondere Beachtung zu schenken ist, und legen wir unser Interesse auf einige Punkte, bei denen eine dauernde Unternehmung notwendig ist. Die Frauen, deren körperliche Konstitution absolut ungeeignet für die Ziegeleiarbeit ist. Hier wäre viel zu tun. Was für schwere Arbeit wird ihnen angedreht, und sie versuchen, sie zu leisten, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse sie dazu zwingen. Die Gesundheit der Frau in der Ehe ist doch für die wirtschaftlichen Verhältnisse von ausgedehnter Bedeutung auch als Mutter. Wir müssen die Krankheitszeit, die Krankheitsreform feststellen, den genauen Einfluß der Arbeitslosigkeit, wie z. B. überlanges Überheben, Stellung, Arbeitstempo, und insbesondere die kalte Jahreszeit gesundheitliche Hemmnisse verursachen. Bei dieser Feststellung ist es erforderlich, eine geeignete Kollegin als Mitarbeiterin zu gewinnen. Ein weiterer Punkt, bei dem ich bereits positives Resultat erzielt habe, ist der Einfluß der zurückgebliebenen Raucher

(Fortsetzung von Seite 282.)

Durch die deutschen Maßnahmen werden nur Gegenmaßnahmen des Auslandes herbeigeführt.

Die Beamtengehälterkürzungen kann man wohl mit dem allgemeinen Grundgesetz rechtfertigen, daß jeder in seiner Existenz befristet beitragen muß.

Die Arbeitslosen vor dem Schlimmsten zu schützen.

Wenn nun wirklich Beamte in größeren Scharen zu den Fahrenkreuzern gehen, so dürften das Leute sein, die sich schon immer wie die Sonnenblume der aufgehenden Sonne zugewendet haben, die 1918/19 zu uns kamen, von denen sie damals das Himmelreich erwarteten. (Sehr gut!) Die Lohnreduzierung auf den Stand vom Januar 1927, genau nach dem Programm der Unternehmer, bedeutet in Wahrheit den Abbau auf 1925.

Statt einer ständigen Kontrolle der Privatmonopole und ihrer Preispolitik bestimmt die Notverordnung, daß die jetzt aufgehobenen Bindungen nach Durchführung der vorgeschriebenen Preisabbaues wieder unverändert in Kraft treten. (Hört, hört!) Die 10prozentige Senkung der Friedensmiete bedeutet für die Berliner Altbewohner nur 7 1/2 Proz. Der amtliche Wohnungsindex ist vom Januar 1927 bis Oktober 1931 von 105 auf 182 gestiegen, es wird also die Lohnsenkung durch die Mietenentlastung längst nicht ausgleichen. Die Mietenentlastung in Neubauten richtet sich nach der Erleichterung der Hypotheken, macht also nur bei stark verschuldeten Hausbesitzern etwas aus, während die mit niedrig verzinslichen Darlehensmitteln erbauten Wohnungen überhaupt nicht verbilligt werden.

Der Hebrer stellte bei Besprechung der Schutzpolitik einige Preise gegeneinander:

Die Tonne Weizen kostet in Berlin 212 RM, auf dem Weltmarkt 89,50 RM, die Tonne Roggen 191 (80,80) RM, Gerste 149 (85) RM, Hafer 136 (69) RM, Mais 155 (60) RM. Deutscher Zucker kostet ohne Steuer in Magdeburg der Zentner 20,20 RM, süßholzwattlicher Zucker im Hamburger Freihafengebiet 5,70 RM.

Unserer Forderungen nach Preisentlastung gerade der landwirtschaftlichen Produkte sind in der Hauptsache unberücksichtigt geblieben.

Die Preisentlastung soll durch die zwingende Zinsherabsetzung ermöglicht werden, was vielleicht ein gewisses „Zugewinn“ an die Naziparole von der „Bredung der Zinsnechtheit“ sein, aber doch auch eine Erfassung arbeitsloser Einkommens darstellen soll. Doch kann in der kapitalistischen Wirtschaft eine Wendung zu kurzfristigen Krediten die Folge sein, deren Gefährlichkeit ausreichend bekannt ist. Viel nützlicher und wichtiger wäre die Verwirklichung unserer

Forderung nach planmäßiger und vernünftiger Leitung der Kapitalströme

und die Stärkung des inneren Marktes, die allein auch unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erhöhen kann.

Das Prinzip von der Heiligkeit privater Verträge ist mit dieser Notverordnung von einer bürgerlichen Regierung endgültig aufgegeben worden. Als Sozialisten haben wir uns diesen Präzedenzfall gut zu merken. Aber dieser formalsozialistische Charakter der Verordnung ist natürlich nicht zu verwechseln mit wirklich sozialistischen Maßnahmen, mit denen die Notverordnung nichts zu tun hat. Immerhin bringt diese Notverordnung wenigstens keine direkte Verschlechterung für die Erwerbslosen, im Gegenteil, durch Mietenentlastung und Preisentlastung eine Besserung für gewisse Klassen der Arbeitslosen, und der Eingriff bei der Unfallversicherung ist verhältnismäßig geringfügig.

Trotz unserer Gegnerschaft gegen viele Bestimmungen der Notverordnung haben wir im Vorkriegsrat gegen die alsbaldige Einberufung des Reichstages gestimmt, und wir halten unsere bisherige politische Linie auch nach dieser Verordnung zunächst inne. Unter normalen Verhältnissen würden wir den meisten Bestimmungen dieser Verordnung unsere Zustimmung nicht geben, aber die Verhältnisse sind eben nicht normal.

Das ganze Regiment mit Notverordnungen ist nach unserer grundsätzlichen Stellung auf demokratischem Boden unzulässig, aber gerade im Interesse des Parlamentarismus und der Demokratie mußte dazu gegritten werden.

Schuld daran sind nicht wir, sondern die Wähler

Vom 14. September 1930, sie haben es dahin gebracht, daß links und rechts im Reichstag große Parteien sitzen, die den Parlamentarismus grundsätzlich verneinen und bekämpfen, während er nur leben und arbeiten kann, wenn er von den Parteien des Parlamentes bejaht wird. So ist die Regierung auf diesen Weg gedrängt worden, der uns hauptsächlich darum so wenig gefällt, weil sich immer wieder herausgestellt hat, daß Notverordnungen immer schlechter sind als die im Plenum und den Ausschüssen weit besser vorbereiteten parlamentarischen Gesetze. Hätte sich im Reichstag eine Mehrheit zur Aufhebung der Notverordnung, so wäre der Rücktritt der Regierung möglich. Es ist aber zur Zeit keine Regierung denkbar, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht und unseren Auffassungen über die Möglichkeit, die Wirtschaftskrise zu mildern, entsprechen würde. Eine solche Regierung gibt es in diesem Reichstag nicht, kommen würde eine Rechtsregierung, von der wir bestimmt nicht bessere Maßnahmen für das arbeitende Volk zu erwarten hätten, bei der wir uns vielmehr auf die Mittel der Autarkie, auf irgendwelche Arten von Inflation usw. gefaßt machen müßten. Noch wahrscheinlicher wäre die Auflösung des Reichstages und der sofortige Wiedererlass der Notverordnung wie im Juli 1930. Sie bliebe dann über die Monate eines Wahlkampfes in Kraft, dessen große Schädlichkeit für die deutsche Wirtschaft wie für Deutschlands Verhältnis zum Auslande außer Zweifel stehen.

Toleranzpolitik bedeutet eigentlich etwas Leidendes und Inaktives, aber indem wir das Kabinett am Leben erhalten haben, sind wir nicht nur der leidende Teil und nicht inaktiv gewesen, sondern haben jede Möglichkeit benutzt, innerhalb und außerhalb des Parlaments die Massen zum Kampf für ihre Interessen und

gegen den drohenden Faschismus

aufzurufen. Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm des Faschismus ist so unklar und verschwommen, daß es nur Verwirrung hervorrufen und einen neuen unendlich schweren Druck auf die Arbeiterklasse bringen würde, von dem sie sich um so schwerer befreien könnte, als der Faschismus in der Regierung auch über die Staatsmacht verfügen würde.

Geht es um unsere Politik große Opfer von uns verlangt und die Arbeiterklasse hat größere Opfer bringen müssen, als wir vielleicht bei der Einleitung dieser Politik angenommen haben. Aber es ist doch manches erhalten worden von dem, was sonst zerstört worden wäre. (Sehr wahr!) Man braucht nur die Leistungen der Sozialversicherung in den Jahren 1913 und 1930 zu vergleichen, um den Fortschritt zu erkennen. Wir sollten uns hüten, bei all unseren Forderungen nach Verbesserung das Erreichte zu unterschätzen. (Zustimmung.)

Geht es um eine Bewegung, wie die der Hitler-Beute, ohne Theorie und ohne Programm, nicht allzu lange bestehen, ihr Zerfall ist unermesslich, wenn sie erst an der Macht ist.

Wintersonnenwende 1931

Am Himmel wurden alle Feuer kalt,
Die Sonne erlosch im Dunst der späten Tage.
Es grüßte dich kein Auge mehr, aufsuchend.
War alles Licht, waren alle Freuden tot?!

Vergieb, o Mensch, dem heiligen Feuer,
Die stärksten Flammen werden matt.
Horch selbst einmal in deiner Brust
Nach guten Stimmen, ungeschwächt.

Jetzt wendet sich die Last
Von ungeschätzten, bösen Stunden.
Erneut zeigt lebensfördernd sich
Des Lichtes goldene Ethik.

Laß diese Sonnenwende auch bei dir
Den Kampfgeist neu entfachen.
Des Lebens Härten beug' dich nicht,
Nur aufrecht, nur stark, gewinne!

Alexander Merly.

Aber es wäre höchst gefährlich für die Arbeiterbewegung, sie zu diesem Zweck an die Macht zu lassen.

Vanz besonders danken wir unseren Reichstagskameraden, die den Abwehrkampf führen, die ihr Leben in die Schanze schlagen für die demokratische Republik und die wir mit allen Nachdruck unterstützen, am besten, indem keiner von uns in diesem Abwehrkampf untätig bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Auf unsere Mahnungen zur Energie hat die Reichsregierung uns gesagt, das Bürgertum sei defätistisch und fatalistisch. Daran aber ist nur die

mangelnde Energie der Reichsregierung

gegen die Faschisten schuld. Endlich hat ja der Reichskanzler energische Worte gesprochen, die Regierung braucht nur tatkraftig gegen diesen Schatten des Faschismus aufzutreten, um ihn zu zerstören. Dann wird auch der Defätismus und

Schritte auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit

Die große in den Gewerkschaften verlorbete Massenbewegung der deutschen Arbeiter und Angestellten ist in Richtungen gespalten. Vornehmlich sind es drei Heerhaufen, die nebeneinander marschieren und trotz des Getrenntseins viele einheitliche Wesenszüge haben. Die stärkste Gruppe der deutschen Gewerkschaften schart sich um den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Afa-Bund, wozu noch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund tritt. Die zweite geschlossene Gruppe wird gebildet von den Sirsch-Dunderschen Gewerksvereinen und den über den Gewerkschaftsring angeführten Angestelltenverbänden. Der dritte Heerhaufen umschließt die christlichen Gewerkschaften mit den ihnen nahestehenden Angestellten- und Beamtenverbänden. Zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen hat es seit ihrem Bestehen Meinungsverschiedenheiten und teilweise nicht unbedeutende Kämpfe gegeben. Durch die Errichtung des demokratischen Volksstaates ist auch die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsverbände eine andere geworden. Sie waren teilweise aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen und vor allem auf der Basis des Tarifwesens und der Sozialgesetzgebung gezwungen, gemeinsame Arbeit zu leisten. Die gegenwärtige Krise tat ein übriges, um die Gegensätze zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu mildern. Die gemeinsamen Willensfindungen der Gewerkschaften der letzten Zeit sind dafür der beste Beweis.

Zwischen der „Metallarbeiter-Zeitung“ und dem „Regulator“, dem Organ des Gewerkschaftsvereins der Metallarbeiter (G.-D.), ist eine Aussprache über die Möglichkeit einer Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung geführt worden. Diese Aussprache hat den Vorsitzenden des Afa-Bund, Kollegen Leispart, veranlaßt, um zu der Frage der Gewerkschaftseinheit in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 49 Stellung zu nehmen. Kollege Leispart knüpft an die drei Fragen an, die der „Regulator“, dessen Redakteur der bekannte Wirtschaftspolitiker Anton Erkelenz ist, gestellt hat. Die erste dieser Fragen erörtert die Zugehörigkeit der Gewerkschaftsmitglieder zu den politischen Parteien und betont das Recht zur Meinungs- und freien in politischen Angelegenheiten. Kollege Leispart stellt die Unabhängigkeit der heutigen Gewerkschaften von den politischen Parteien fest. „Se weiter sich die Gewerkschaften entwickeln, je weiter ihre Orientierung über sich selbst, über ihre Eigenart und ihre Aufgabe fortschritt, je reiner sie ihren Zweck herausbilden, je vollkommener sie ihn erfüllen und ihre Methoden ihrer Wesensart gemäß und ganz aus eigenem Vermögen gestalten — um so näher kommen sie dem Augenblick, in dem sie die Umklammerung durch parteipolitische Einflüsse abstreifen und ihr Recht auf volle Unabhängigkeit von allen politischen Parteien durchsetzen konnten.“ Das Recht der Meinungs- und freien in politischen Dingen innerhalb der Gewerkschaften könne keine Einschränkung mehr. Deshalb sieht Leispart in der politischen Meinungsverschiedenheit, sofern sie sich positiv zum demokratischen Staat verhält, keinen Grund mehr zur Trennung.

Die zweite Frage des „Regulator“ gilt der religiösen Glaubensfreiheit. Kollege Leispart antwortet hierauf, daß die religiöse Glaubensfreiheit jedes Mitgliedes gegen jeden Zweifel sichergestellt sein muß. Es bestände kein Grund, innerhalb der Gewerkschaften zwischen uns und den anderen Arbeitskollegen wegen ihres Glaubens einen Trennungsstrich zu ziehen. Wenn jedoch die Kirche ihre Auffassung über Fragen kundtue, die das Interesse der Arbeiterschaft berühren und einseitig Partei ergreife, so müsse sie als Partei gewertet werden. Sehr zureichend betont Kollege Leispart, daß Religion und Parteiwesen im gewerkschaftlichen Leben darum eine gewisse Rolle spielen, weil sie infolge der Konkurrenz der Richtungen bei der Agitation als Argumente gegeneinander ins Feld geführt wurden.

Schließlich wird in der dritten Frage des Organs des Gewerkschaftsvereins der Metallarbeiter die Notwendigkeit betont, daß ein entscheidender Kampf für eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, für gesteigerte Anteilnahme an den Gütern der Kultur und Zivilisation geführt wird. Die Gewerkschaft müsse dem Staate, der Nation, der Republik und der Demokratie dienen. Die Antwort Leispart's hier ist, wie es nicht anders sein konnte, durchaus zustimmend. „Durch die Errichtung des kollektiven Arbeitsrechtes verliehen die Gewerkschaften dem sozialen Inhalt der neuen Rechtsordnung einen der Idee der Gewerkschaftsbewegung gemäßen Wesenszug — und vor den Schranken des Arbeitsrechtes unserer Tage sind wiederum alle Gewerkschaften gleich. Die Stellung der Gewerkschaften zum gegenwärtigen Staat ist durchaus positiv.“ Durch einen Zusammenschluß der Gewerkschaften würde auf das deutsche Parteiwesen sehr bedeutend eingewirkt werden. Da es würde sich ergeben, daß eine Vereinigung der Gewerkschaften völlig neue Perspektiven für die Befestigung des republikanischen Staatswesens durch die Bildung eines

Faschismus verschwinden. Für uns aber gilt es, einig und geschlossen zusammenzutreten in der Abwehr und Weiterzubauen an den sozialistischen Fellen in der kapitalistischen Welt, mit deren Hilfe wir, sobald wir stark genug dazu sind, den ganzen Bau erobern werden. (Stürmischer Beifall.)

Das Schlusswort hielt der Parteivorstandende Otto Weis: Wir alle hören den Schrei des Volkes nach Arbeit und Brot. Aber wir hören auch den Aufruf auf die Republik, deren Bestehen die Voraussetzung unserer Arbeit ist. Wir wissen, was die Feinde der Republik dem arbeitenden Volk bringen wollen: die Geißel des Kronvogtes, die Kette des Sklaven. Den Wettlauf schwingen sie, wie einst die Südlinge der Neubuden, um die Arbeiterschaft in den Gold ihrer Feinde zu zwingen, indem sie sich heuchlerisch als Freunde des Volkes gebärden. Ueberall predigen sie, daß sie Arbeit und Brot schaffen werden, wenn sie in Legalität zur Macht kommen. So oft haben sie dem Bürgertum vorgerebet, daß sie zur Macht kommen, bis große Teile dieses Bürgerturns es gläubig nachgebetet haben, bereit, sich selbst den Strick zu kaufen, um sich daran zu Ehren Hitler's aufzuhängen. Wir aber haben andere Aufgaben!

Wir schmieden die eiserne Front,

wir werden zeigen, daß wir eifern zusammenstehen. Je mehr ein heftiges Dokument und ein Gregor Straker mit Blut vergießen drohen, desto fester halten wir zusammen. Auf die Trüben Hitler's von der Waffenlosigkeit seiner Anhänger und von ihrer Friedensliebe erwidern wir nur: woher käme denn sonst der unaufhörliche Strom von Gewalttaten, der Deutschland auf das Niveau Mazedoniens gebracht hat und den es vor dem Auftreten der Hitler-Partei gar nicht gegeben hat, woher sonst als von ihr? (Stürmische Zustimmung.) Wir verworfen die Gewalttät, aber wir wehren uns, wenn wir angegriffen werden. Die Pläne der Hitler-Armee und ihrer Offiziere sind ausreichend bekannt, auch den zuständigen Reichsstellen. Sie müssen den Kampf gegen diese Verfassungsfeinde führen. Wir aber haben wahrlich keinen Anlaß, ihnen den Weg zur Macht freizugeben.

Darauf schloß Weis die Konferenz mit dem Aufruf an alle Republikaner, sich immer fester zu vereinigen zur Verteidigung der demokratischen Republik gegen den hasserfüllten, blutdürstigen Feind: Macht gegen Macht! Vorwärts durch Kampf zum Sieg! (Begeisterter anhaltender Beifall.)

umfassenden gesellschaftlichen und politischen Machtblock darböle.

Leispart kommt gleich der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu dem Schluss, daß das Gemeinsame weitaus das Trennende überwiegt. — Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist durch die Aussprache führender Männer in den beiden Lagern in Fluß gekommen. Möge es nicht mehr lange dauern, daß die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung durch eine organisierte Verschmelzung überwunden wird. Eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung ist die Schicksalsfrage des arbeitenden Volkes.

Anschluß an den Gesamtverband

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haar-gewerbes gibt zum Jahresende seine Selbständigkeit auf und schließt sich am 1. Januar 1932 mit etwas über 4000 Mitgliedern dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs an. In einer Abstimmung entschieden sich die Mitglieder mit Mehrheit für den Anschluß. Damit scheidet eine Organisation von ihrer Selbständigkeit, die sich unter den schwierigsten Verhältnissen entwickelte und die einen besonderen Kampf gegen unzeitgemäße handwerkliche Ueberlieferung, lange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit führte. Die Friseure bilden im Gesamtverband eine Reichsfachgruppe und vollziehen mit dem Anschluß einen Schritt, den sie nicht zu bereuen haben werden.

Am 1. Januar 1932 kommt auch noch die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamter mit 11000 Mitgliedern zum Gesamtverband, der damit immer mehr eine Großgewerkschaft in seinem Organisationsbereich wird.

Diese Anschlußbewegung ist zu begrüßen, weil darin der lebendige Zentralisationswille der Gewerkschaftsmitglieder zur Wirklichkeit wird.

Urabstimmung bei den Buchbindern

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter veranfaßte unter seinen Mitgliedern in den letzten Wochen eine Urabstimmung über die Erhöhung des Beitragsanteils für die Invalidenunterstützung. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für die Erhöhung des Beitragsanteils.

Von den 2274 Mitgliedern beteiligten sich 72,3 Prozent an der Abstimmung, 1281 Mitglieder stimmten für die Beitragserhöhung und 3267 dagegen, 378 Stimmen waren ungültig. Die Mitglieder sehen mit überwiegender Mehrheit einmal die Notwendigkeit der Invalidenunterstützung und dann auch das Opfer in Form von Beitragserhöhung dafür ein.

Bei der Einführung der Invalidenunterstützung scheinen fast alle Verbände, die diese Unterstützung in den Nachkriegsjahren einführen, die umfangreichen Einwirkungen einer Wirtschaftskrise auf das Steigen der Invalidität nicht in den großen Ausmaßen berücksichtigt zu haben. Die Erfahrungen der letzten Jahre werden im Laufe der Zeit allgemein eine Revision und Anpassung der Invaliditätsbestimmungen in den Verbänden notwendig machen.

Buch verloren

Der Kollege Reinhold Schulz, Kunzendorf, eingetretet am 1. Juli 1931 in Sommerfeld, Buchnummer 765 044, hat sein Buch verloren und nicht wiedergefunden. Wenn etwa auf das Buch gereift oder gar Unterstüzung verlangt werden sollte, so ist dem Vorzeiger das Buch abzunehmen und dieser selbst der Polizei zu übergeben.

Literarisches

Die Angestellten-Bewegung 1928/1931. Geschichte und Handbuch der Wirtschaftssozial- und der Gewerkschaftspolitik. Herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestellten-Bund. Freier Volksverlag G. m. b. H. Berlin NW 40. In diesem Werk sind alle wichtigen wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Beziehungen der genannten Jahre einer eingehenden kritischen Betrachtung unterzogen. Wie auf einem Filmstreifen von beträchtlicher Länge rollen durch den Blick des Lesers die großen Ereignisse mit ihren Schlagschatten wieder an einem Vorüber, die der Krise zur Folge hatte. Da ist die Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik, das Arbeitsrecht und Sozialpolitik, Schulpolitik und Bildungswesen, der Afa-Bund und die Angestelltenbewegung sowie die Statistik des Afa-Bundes in vielen Einzelheiten behandelt. Eine Fülle von Tatsachen ist festgehalten und ausgewertet und das Organisationsleben dargestellt, wie es zusammengefaßt kaum gesehen werden kann. Das Werk gibt einen lehrreichen Einblick in die freie Angestelltenbewegung und ist ein gutes Nachschlagewerk darüber. Es ist aber zugleich auch ein Spiegelbild von der schäferischen Arbeit dieser Organisation und ihrem erfolgreichen Wirken für ihre Mitglieder und für die Allgemeinheit.

Einkkehr des Herzens / Von Walther G. Oschilewski

Die Eisgipfel hängen die Sterne über uns. Es ist ein blankgeputzter Winterhimmel, groß und in metallenen Glanz. Wenn ich den Kopf aus dem Fenster stecke, und ich will das, bu, wie mich da der Wind anpfeift und mir fast die Haut splittert. Am Nachmittag strömt uns das gelbrote Feuer der Sonne an; wir stehen dann wie in Kupfer gegossen und trommeln uns in die Hände und sind heiter, denn wir sehen dann recht gut aus mit unseren jungen Jahren, wenn uns auch der mit einer schrillen Fingale sich zusammengebrochene Krieg ein wenig höhlwängig und schmalbrüchtig gemacht hat.

Man muß nichts am Fenster sehen, einmal ganz allein, wenn es still ist und der Himmel auf uns wartet. Dann fallen einem die Erinnerungen an, blutige, und sehen sich ins Herz fest und wollen sich noch einmal haben. Der Himmel spaltet sich, und es bricht das alles hervor, was wir schon einmal erlebt und erlitten haben, vor Jahren, all die Schrecklichkeiten des menschlichen Lebens, Gabsier, Feindschaft, Irrglauben, Verrat, Leid, die Qual der Jahrtausende. Wenn du allein bist, und dich kein Mensch das Gefühl für keine fragwürdige Existenz, Wichtigkeit und Sicherheit empfinden lassen kann, ruft eine Stimme in dir: *Verwandle dich!*

Nun, ich will es tun vor euch und alles abwerfen, was mir ein Gesicht gab: brutal, häßlich, voll Undurchsichtigkeit. Siehe, ich bin auch ein Mensch, klein, verängstigt, unsicher und verblickt in die Köstlichkeiten der menschlichen Seele, die nicht der Tag verträgt, denn darin muß man hart sein und kämpfen. Aber laßt nicht, es ist keine Flucht ins Jenseits, dieses Leben in Verlorenheit, und man braucht sich nicht zu schämen, einmal das zu sein, was man auch ist: glücklich im Schmerz. Es ist nun meine *Wufter*, die jetzt zehn Jahre tot ist, die ich liebe in einer heiligen und schmerzlichen Verzückung. Sie war es, die mich der Welt gab, ein schwaches, arbeitendes Weib, schwankend zwischen Tod und Leben, mich einsetzte in den Kreislauf des irdischen und himmlischen Geschehens und mich all die Wunder des Lebens leben, leiden, bewältigen und erlängen ließ. Dann trug sie mich die Jahre hindurch in warmer, mütterlicher Obhut durch ein Dasein von äußerster Dürftigkeit. Aber dieses Einander waren bunte Feste der Liebe, die wir feierten, und glücklich strömten wir einher im stolzen Gefühl der menschlichen Verbundenheit. Ich war ein wilder, draufgängeriger Burde und donnerte durch die Gegend, daß die Erde stob und Anverwandten mich verfluchten. Ja, ich hab' der Frau viel Kummer und Schmerz bereitet. Aber wenn ich dann jene knabenhafte Tollheit wieder ausgetobt hatte, fand ich wieder heim zu dem unverjagbaren Quell mütterlicher Güte. Sie beriet mich. Diese drei Worte, fast eine Blasphemie im Ohr, sind mir die köstlichste Erinnerung, die ich mit mir herumtrage. Ich war noch nicht vierzehn Jahre alt, da starb sie, aus eigenem Willen, auch ein Opfer des Krieges, und es war, als ob der Himmel zerriß und ein metallener Wind auch meine Erde warfen machte.

Seit jenen Tagen, da mein Mutter mich allein ließ, bin ich nicht mehr ruhig geworden. Es ist, als ob ein Sturm in mir wütet und mich zerfrisst. Wenn es allzu arg wird, springe ich durch die Straßen, irrsinnig, verlassen, hungrig nach einem mütterlichen Wort. Bis ich erschöpft zusammenbreche.

Wenn ich heute noch lebe, ein einigermaßen lustvoller Kerl bin, der brüllen kann, wenn es nottut, und manchem ein Ding auszuwischen, das Karben bleiben, so gibt mir die Lote Kraft dazu. Aber wenn man manchmal glücklich zu sein scheint, sei es im Wirbel unserer Zeit, oder sei es im Kuß der Geliebten, immer schneidet sein Schwert durch dieses Bestium. Blut tropft wie Gift in die sich niemals schließende Wunde, und ich sehe wieder allein. Es ist keine Sittanei, wenn wir das Beste beklagen, und wenn es eine ist, laßt nicht darüber. Verzeiht mir diese egoistische Eingebildetheit, ich bin es, für mich war die Mutter das, was mich höher und gläubiger machte und mich fast aus dem irdischen Geiz herausgab. Mit tausend Küssen bin ich an sie gefesselt, und mein Blut vergeht in ihrem irdischen Leib.

Wenn es Weihnacht ist, feiern wir das Fest der Zusammenkunft. Und sie jagt mir dann, was ich tun muß, um ihrer unbegreiflichen Liebe wert zu sein. Sie wird dann wieder ganz lebendig in mir. Ich schlage mir Stufen zu ihrem Himmel, der irgendwo ist, hier, in meinem Zimmer, und wir lieben uns dann heiß in magischer Nähe.

Ja, und dann öffne ich die Fenster, und dann kommt die Nacht herein. Die Sterne jagen, Gloden auch.

Das sind die Stimmen und Gesichte, die dich aufrühren und breitmachen für ein neues Dasein. Das sind Verbielfältigungen der nachdauernden Erinnerungen, und sie sind wert, nochmals gelebt zu werden. Wir haben sie alle nötig, denn der Tag frißt uns, und die Befinnung fehlt. Wir sind alle noch nicht einfach genug; unsere Moral ist oft nur die Brutalität eines Kampfes, dem wir gehören müssen. Wir sind alle noch nicht eingewaschen von Schuld. Wir schlagen uns oft noch durch Neugierlichkeiten, und den Menschen in uns verstellen wir hinter einem Wall von Haß und Begierde. Wer viel erlebt und erlitten hat, haßt nicht. Er lächelt nur über die Nichtigkeiten unseres Lebens. Ich schelte nicht den gerechten Zorn und den Aufruf des Herzens. Beide sind die strafende



ROTHENBURG O. T. MICHAELIS RODERBOGEN UND MARKUSTURM

Feitsche, die über Verrat und Verräter hängt. Alle Stifter und Propheten der Weltreligionen, deren Sakramente und Geheißstafeln entheiligt und zerstört sind, klopfen, ewig Heimatlose, an unsere Tür.

Wenn wir nun in den Himmel schauen, ein wenig beglückt schon, und der Duft der ewigrünen Tanne über uns weht, jammert sich das Herz zur großen Einsicht. Ja, dann rinnt auch ein Leuchten über unser ergrüenes Antlitz, und wir fassen uns hinum in die Hände und wollen wirklich machen, was der Traum der Jahrtausende ist: Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Weihnachten der Freudlosen / Von Kurt Offenburg

„Fertig machen!“ Sechzehn Türen schwingen auf, sechzehn Männer treten auf den Gang, das Gesicht gegen die Wand.

„Rechts um!“ Zweihunddreißig Hacken schlagen zusammen; zweihunddreißig Augen sind starr geradeaus gerichtet.

„Ohne Tritt, marsch!“

Dumpler als sonst halten die Schritte der sechzehn Männer in den alten Gewölben wider. Hämmernd klappern Nagelschuh auf die feuchtkalten Steinfliesen, und gebeugt als sonst ist mancher Rücken. Eine traurige Prozession ziehen die Männer dahin: immer mit drei Schrittl Abstand, tack-tack, tack-tack.

Wie die letzten den Hof betreten, hören sie oben, auf Etage zwei, die Stimmen eines anderen Aufsehers: „Ohne Tritt, marsch!“ Wie ängstlich, uns immer getrennt zu führen — denkt Hans, der Jüngste unter ihnen — brauchen heute wirklich keine Zusammenrottung zu befürchten.

Vierzig Schritte über den Hof — rasch einen Blick hinauf zum tief gewölbten, klaren Sternenhimmel! — und die Ersten betreten schon die Kirche. Und klettern wieder einige Stufen hinauf: in die vierte Reihe, wo allsonntäglich die Männer von Flur 9 sitzen. Immer mit drei Schrittl Abstand geht jeder in sein. Totzverschlagen, setzt sich lautlos auf seinen Platz. Hockt da, getrennt vom Vorder-, Neben- und Hintermann; und nur vor sich seht, hinab auf den Altar der Kirche und auf den Priester.

Der sieht auf, rings in die Runde, sobald der letzte Trupp (es sind die von Flur 1 links) Platz genommen hat in Breitergestühl, dessen Seitenwände wie große Schenkklappen wirken. Nichts ist zu hören in dem weiten Raum: als der Atem der Männer oder ein pfeifendes Röcheln, das tief aus einer Kranken Lunge heraustritt. Und der Priester öffnet Mund, und die Worte, die aus ihm bröchen, erklingen hart und verspätet unter der Wellung des Peanens. Was der Mann im Ornat da unten sagt, ist so eckig, aber es ist nicht die Stimme und auch nicht der Sinn der Worte — die nicht einmal Klang finden in das Gehör der Männer — sondern das kleine, grüne Tannenbäumchen mit den Lichtern daran weckt in den großen Herzen eine fremde Erinnerung. Wie unsagbar, auf einmal in der Brust ein Würgen zu spüren, das höchstetigt in die Kehle; plötzlich eine Träne im Auge zu fühlen und dann jählinge von einem bösen Schluchzen geschüttelt zu werden.

Und der Mann da unten im Ornat redet und redet; bald stampft, bald großredet; aber dann, gar nicht erwartet, ist ein großes Schweigen und die Stimme des Oberaufsehers bricht in sie ein: „Flur 1 links, marsch!“

Verlag: Hermann Gröner; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Renninger; beide Charlottenburg, Straßstraße 2-5. Druck: H. Janiszewski G. m. b. H., Berlin SO 36, Eißelbacher 23/29.

trotten zur Kasse, die jämmerlichen Einnahmen abzuliefern. Seltam: so früh wie an diesem Abend kommen sie das ganze Jahr nicht nach Hause.

Und die Heimatlosen stapfen die öden Straßen der Großstadt; so verloren, alleseitig, daß sie erschreckend sich der Flüchtigkeit des Lebens bewußt werden an diesem Abend, in dieser Nacht, da „Frieden auf Erden“.

„Der Dienst verlangt, daß man sich unterordnet. Gehorsamkeit ist eine der höchsten Pflichten der Beamten.“

Aber — das menschliche Herz unterliegt anderen Regungen, als Paragraphen sie fordern. Am Heiligen Abend Dienst tun müssen auf der donnernden, schütternden Lokomotive, den Schnellzug viele Stunden durch die Nacht zu fahren, durch verschneite Landschaft, an Städten vorbei, aus deren Häuser die Lichter des Weihnachtsbaumes schimmern; und an Dörfern vorbei, wo in der kleinsten Kafe — ja sogar in manchen Bahnwärterhäuschen an der Strecke — das Fest der Weihnacht gefeiert wird: die Familie, Vater, Mutter und Kinder beisammen — hier aber, herausgerissen aus dem Kreis des Zuhause, durch die Nacht zu fahren.

Armer Schutzmann, helmbewehrt, umgeschmalt, an zügigen Ecken zu stehen, durch menschenleere Straßen zu patrouillieren, immer zwei und zwei und wieder zwei Stunden.

Schlecht entlohnter Wächter einer Wach- und Schließgesellschaft zu sein: bei jedem Rundgang die Kontrolluhr zu stechen, immer im gleichen Trott um dasselbe Häuserviereck.

Vor den Feuern der Ozeandampfer zu stehen, die Schlacken mit den langen Brecheisen herauszuzerren; Trimmer zu sein und Kohlen aus dem Bunker vorzuschaukeln, Ascho zu hieven und über Deck zu kippen im klirrenden Luftzug des scharfen Nordost.

Einer unter den Millionen der Verlorenen zu sein und zu wissen: das Leben ist bitter und kein Gott ändert es, wenn wir selbst es nicht ändern! Alles schläft, einsam wacht.

Werbeabend der Fabrikarbeiter-Jugend Hannovers

Für den 12. Dezember hatte die Fabrikarbeiter-Jugend Hannovers zu einem gewerkschaftlichen Werbeabend aufgerufen: „Kommt zu uns, ihr jungen Arbeitsschwärtern, Arbeitsbrüder aus den Fabriken, helft mit bauen am großen Werk!“ Eine große Zahl junger Arbeitsmänner, zum Teil begleitet von ihren Eltern und Freunden, war dem Ruf gefolgt. Der große Volkshausaal war fast gefüllt. Die Fabrikarbeiter-Jugend warb mit den Werbemitteln der Jugend. Das Orchester der Buchdrucker-Jugend gab mit feinen frohen Weisen, exakt und mit Singabe geübt, den Auftakt. Nach der Begrüßungsansprache des Kollegen Contenius, des Leiters der Zählstelle Hannover des Fabrikarbeiter-Verbandes, kam die Fabrikarbeiter-Jugend zum Wort. „Wir wollen vorwärts gehen!“ und der Werberuf „An die Arbeiter!“, sehr wirkungsvoll gesprochen von Lenchen Kuschinski (das erste) und Friedel Pohlkotte (das zweite), waren ganz auf Werbung eingestellt. Sehr starken Beifall fand der Sprecher der Arbeiter-Jugend mit der Aufführung „Wir Volk aus der Tiefe“ von Bernward Wilhelm. Der Sprecher erwiderte sich auch hier wieder als ein machtvolles Ausdrucksorgan gläubigen Gemeinschaftswillens. Hier war das feierliche Mitwirkender der jungen Sprecher und ihrer Zuhörer fühlbar. Mary Nis Garden, sehr verdienstvoll als Leiterin des Sprechchores, fand mit mehreren Vortragstücken, u. a. Gerrit Engelke's „Mensch zu Mensch“, starken Beifall. Am besten gelangen ihr die heiteren Stücke. Die Volkstänze der Fabrikarbeiter-Jugend, mit viel Liebe und Sorgfalt eingelebt, waren in ihrer Leichtigkeit und Lockerung sehr ansprechend. Die Werbeansprache hielt Verbandsvorsitzender Kollege Karl. Er rief die Jugend auf, sich einzureihen in die Front gewerkschaftlicher Solidarität dort im Fabrikarbeiter-Verband, mitzukämpfen für die Erweiterung des Lebensraums der arbeitenden Jugend, den einzuengen Unternehmertum, Regierung und reaktionäre Parteien gerade jetzt eifrig bestrebt sind. Ein lustiger Reifefilm, der der Jugend zum Reizen und Wandern Mut macht, rief bei nachdenklichen Zuhörern trübe Betrachtungen über die Auswirkung der letzten Notverordnung hervor. Zuletzt kam die Aufführung des Fabrikarbeiter-Jugendfilms „Freundschaft“, mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommen. Als der Werbeabend der Fabrikarbeiter-Jugend unter den Klängen von „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“... schloß, da gingen die Teilnehmer ein Stück froher und hoffnungsvoller von dannen, als sie gekommen waren. Sie nahmen die Gewißheit mit: Diese jungen Menschen werden das Werk der gewerkschaftlichen Organisation fortführen, trotz aller Demütnisse. Die für diesen Werbeabend aufgewandte Mühe hat sich gelohnt für alle Teile: für die Mitwirkenden, für die Jugend und für den Verband. G. R.

Wanderer, Jugendherbergsfreunde, aufgepaßt!

Denkt daran, daß mit Jahreschluß eure D. F. S. -Mitgliedskarten, Vorkostenausweise und Führerausweise ungültig werden! Erneuert sie rechtzeitig, möglichst schon in diesem Jahre. Wartet nicht, bis ihr eure Fahrt antreten wollt! Dann habt ihr keinerlei Schwierigkeiten.

Zum 1. Februar 1932 erscheint ein neues Reichs-Herbergsbuchverzeichnis. Bestellt es euch rechtzeitig, damit ihr eure Fahrten in Ruhe vorbereiten könnt!

Solltet ihr noch nicht dem Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen als Mitglied angehören, dann holt das schnell nach. Jugendliche können die Mitgliedschaft zum halben Beitragssatz erwerben.

Literarisches

„Außenpolitik der Nationalsozialisten.“ Unter diesem Titel ist im Verlage der A. P. Korrespondenz, Berlin NW 87, Siegenwühl 12, eine Broschüre von Dr. Helmuth Klotz erschienen, deren Einzelpreis 60 Pfz. beträgt.

In dem Heft ist alles zusammengefaßt, was die nationalsozialistische Schriftsteller und Redner auf diesem Gebiete von sich sprechen haben, besonders zum Problem Deutschland-Frankreich. Alle Widersprüche dieser Partei, ihre Unwahrscheinlichkeit und ihr Wahwäh ist festgehalten worden und gibt einen Ueberblick über die Verwirrung in den Kreisen dieser Partei und des deutschen Bürgertums.

Das Motorfahrzeug von Dipl.-Ing. W. Goepferich, 64 Seiten Gr.-Okt. mit 35 Abbildungen, Preis 2 RM., Verlag C. J. E. Volkmann, Nachf., G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Das Motorfahrzeug — führerlos und steuerfrei — erfreut sich seiner Beliebtheit wegen größter Beliebtheit. Wer im Besitz sieht sich ein solches Rad anzuschaffen, dem wird dieses Buch praktischer Ratgeber und Führer sein. Er versucht in leicht faßlicher aber eruster Form für die neueste Schöpfung der Motorrad-Industrie, für das Motorfahrzeug, zu werben.

Bericht über das 32. Geschäftsjahr 1930/31. Konsum-Gesellschaft Berlin und Umgegend e. O. m. b. H., Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 16/30. In diesem Bericht gibt der Vorstand der Konsum-Gesellschaft Berlin Material über das Geschäftsjahr 1930/31, die sehr viel wertvollere Material enthält. Die Entwicklung der Konsum-Gesellschaft Berlin ist darin gekennzeichnet und Aufschluß über alle wichtigen Vorgänge ist gekennzeichnet und Aufschluß über alle wichtigen Vorgänge ist gekennzeichnet und Aufschluß über alle wichtigen Vorgänge ist gekennzeichnet.